

Vorwärts

Morgen-Ausgabe

Nr. 15 A 8 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 97 Amt Dönhof 202 bis 207
Telegraphenamt: Gogol-Platz Berlin

DIENSTAG

10. Januar 1933

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

BERLINER



VOLKSBLATT

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Völkerbund muß handeln!

Sozialdemokratische Interpellation gegen Japan

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Reichsregierung bereit, angesichts der Vorgänge in Ostasien im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan durch seine kriegerischen Aktionen gegen China und durch die Schaffung des künstlichen Mandschukuo-Staats den Völkerbundsvertrag und den Kellogg-Pakt gebrochen hat?

Ist die Reichsregierung bereit, im Völkerbund, dessen Ansehen schon durch sein bisheriges Verhalten in dieser Sache schweren Schaden erlitten hat, dafür einzutreten, daß dieser von der japanischen Regierung die sofortige und bedingungslose Anerkennung und Ausführung des Lytton-Berichtes verlangt, widrigenfalls sämtliche Unterzeichner des Völkerbundsstatuts und des Kellogg-Paktes die Verpflichtung übernehmen würden, die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen zu Japan unverzüglich abzubrechen?

Ist die Reichsregierung bereit, ihren Vertreter im sogenannten 19er Ausschuß des Völkerbundes dahin zu instruieren, daß er die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung verlangt, auf der zu dem Verhalten Japans Stellung genommen wird?“

regierung. Aber auch das deutsche Auswärtige Amt trägt seinen Anteil an der Verantwortung für das katastrophale Vergehen des Völkerbundes seit dem Beginn der japanischen Aktion in der Mandchurei im September 1931. Denn die deutsche Diplomatie hat nicht rechtzeitig erkannt, daß gerade sie wegen der geringeren unmittelbaren deutschen Interessen im Fernen Osten und der sich daraus ergebenden größeren inneren Unabhängigkeit berufen gewesen wäre, die Initiative für eine energische und erfolgversprechende internationale Friedensaktion zu ergreifen. Sie hat insbesondere nicht begriffen, daß, von einer höheren Warte gesehen, Deutschland als einseitig abgerüstetes, die allgemeine Abrüstung erstrebendes Land das größte Interesse daran hatte, sich einer Entwicklung entgegenzustellen, von der nur jene Nutzen ziehen können, die immer wieder behaupten, der Völkerbund sei Unsinn, die internationale Friedensorganisation gehöre in das Reich der Träume und jede Abrüstung gefährde die nationale Sicherheit.

Nun ist es unbestreitbar, daß jetzt ein Eingreifen noch viel schwieriger ist als damals, wo es noch möglich gewesen wäre, den Brand im Keime zu ersticken. Aber eben weil die Gefahr heute viel größer ist, ist eine Aktion um so dringlicher und müssen auch die Mittel viel drastischer sein, wenn sie über-

haupt noch zum Ziele führen sollen. Die einzige Begründung, mit der sich fast ein Jahr lang die dilatorische Taktik des Völkerbundes rechtfertigen ließ, war, daß man den Bericht der eingeleiteten und an Ort und Stelle entsandten Völkerbunds-Kommission abwarten müsse. Nun liegt der Lytton-Bericht bereits seit mehr als drei Monaten vor. Seine Feststellungen über die Schuldfrage sind eindeutig zugunsten Chinas, seine konkreten Lösungsvorschläge sind sorgfältig abgewogen und durchaus anwendbar. Warum wird noch immer nicht gehandelt?

Einfach deshalb nicht, weil Japan den Bericht, der seinen Friedens- und Vertragsbruch dokumentiert und den Mandschuko-Staat als japanische Schwindelgründung entlarvt, ablehnt und mit dem Austritt aus dem Völkerbund droht, falls der Bericht vom Völkerbund angenommen wird. Vor dieser Erpressung weichen nun alle Großmächte, einschließlich Deutschlands, kläglich zurück. Es wird nicht gehandelt, sondern weiter und ausichtslos verhandelt, während die japanischen Militaristen ihren widerrechtlichen Besitz erweitern und jetzt den Krieg auf rein chinesisches Gebiet tragen und Peking bedrohen.

In dieser Situation hat die sozial-

demokratische Reichstagsfraktion — übrigens zur selben Zeit wie die französischen Sozialisten — ihren wohl-erwogenen Vorstoß unternommen. Der knappe Wortlaut ihrer Interpellation erinnert die Reichsregierung an ihre Pflicht als Völkerbundsstaat und als Kontrahent des Kellogg-Paktes. Wozu die feierliche internationale Verpflichtung, den Friedensbrecher zu ächten, den angegriffenen Staat zu schützen, wenn in einem solchen eklatanten Fall die Verträge bloß gegen Papier bleiben?

Die japanischen Imperialisten haben bisher geglaubt, sich alles erlauben zu können, weil sie bei den Mächten keinen Widerstand sondern nur klägliches Zurückweichen fanden. Wahrscheinlich würde sich das Bild sofort ändern, wenn sie auf einen geschlossenen Willen der im Völkerbund vereinigten Mächte stoßen würden. Möglich, daß es dann gar nicht notwendig werden würde, hinter den moralischen Druck den wirtschaftlichen zu setzen, gegen den, wie man weiß, Japan außerordentlich empfindlich ist. Aber auf alle Fälle muß der Wille, die internationale Rechtsordnung zu schützen, sichtbar und fühlbar werden. Duldung des japanischen Vorgehens bedeutet Passivität einer Entwicklung gegenüber, die mit einem neuen Weltkrieg zu enden droht.

Hitler, der deutsche Faschingskanzler

Er läßt sich von seinem eigenen Pressechef interviewen

Die Ereignisse im Fernen Osten berühren das deutsche Volk scheinbar nicht direkt. In Wahrheit sind alle Länder der Welt ohne Ausnahme an der Entwicklung in Ostasien unmittelbar interessiert, nicht nur wegen ihrer Handelsbeziehungen oder wegen des Schicksals ihrer dort lebenden Staatsangehörigen, sondern auch aus anderen, höheren Gründen. Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß man einem neuen Krieg im Weltausmaß mit jedem Tag näherrückt, wenn nicht sehr bald durch eine internationale Aktion dem japanischen Imperialismus Einhalt geboten wird; und außerdem würde die weitere unvermeidliche Folge einer weiteren Passivität der Mächte der Zusammenbruch des Völkerbundes sein, der jede Existenzberechtigung verliert, wenn er sich nicht dazu aufrafft, Japan zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur Achtung der internationalen Verträge zu zwingen. Ein Zusammenbruch des Völkerbundes wiederum bedeutet freie Bahn für die Rüstungsapostel und Kriegstreiber in allen Ländern mit der unabwendbaren Konsequenz eines neuen Völkergemeinens auch in Europa.

Diese Erwägungen beweisen zur Genüge die Notwendigkeit des Schrittes, zu dem sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschlossen hat. Seit Jahr und Tag wird in der Arbeiterpresse des In- und Auslandes an der Passivität der Mächte und an dem Verhalten des Völkerbundes gegenüber dem Konflikt im Fernen Osten unablässig heftige Kritik geübt, ohne daß die Schwierigkeit des Problems irgendwie erkannt worden wäre. Die Schuld namentlich Englands und Amerikas wiegt natürlich viel schwerer als die der Reichs-

regierung. Als der Freiherr von Münchhausen im Sumpfsteden blieb, zog er sich an seinem eigenen Schopf wieder heraus. Adolf Hitler bedient sich im gleichen Fall seines eigenen Pressescheffs und läßt sich von ihm interviewen. Das Ergebnis dieses Rettungsversuchs veröffentlicht der „Völkische Beobachter“.

Hitler ließ sich also von seinem Pressechef darüber befragen, ob er sich der Verantwortung am Staat entziehen wolle. Darauf antwortete er sich selber mit einigen Säßen aus seinen Reden, wer Verantwortung übernehme, müsse dazu auch die entsprechende Macht erhalten, und fuhr dann fort:

Wenn der Herr Reichspräsident im November glaubte, daß der Reichspräsident seiner Umgebung es nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit die Männer auch heute die Verantwortlichen für die traurigen Folgen und für all das Elend, die aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen müssen.

Um diese Andeutung zu verstehen, muß man wissen, daß Hitler ein Geheimprogramm zur Rettung des deutschen Volkes besitzt, mit dem er aber nicht herausrückt, solange er nicht Kanzler ist. Und wird er das überhaupt nicht, dann sieht er fahrlässig zu, wie das deutsche Volk zugrunde geht.

Hitler befahl dann seinem Pressechef, ihn weiter zu fragen, ob er Fühlung mit Papen gesucht habe, um Anschluß an die Schwerindustrie zu gewinnen, und diktierte dazu diese Antwort:

Es ist selbstverständlich, daß ich keine Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemandem vorschreiben lasse, mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht. Ich bin Po-

litiker und werde, wenn ich es für zweckmäßig ansehe, jede Besprechung führen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft (!) Ich brauche daher (?) ebensowenig an sie „Anschluß“ zu suchen wie an irgendeiner anderen Wirtschaftsgruppe (!). Ein Politiker hat mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen und kann ihre Existenz nicht wegzaubern. Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus mit irgendeiner Wirtschaftsgruppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keinen besonderen Fürsprecher.

Das mögen sich nun Reventlow und die anderen freudigenden Paß gefälligst hinter die Ohren schreiben! Wozu wäre man denn Diktator einer „Arbeiterpartei“, wenn man nicht vor der Schwerindustrie auf allen Vieren laufen dürfte? Daß diese Schwerindustrie „ein Teil der deutschen Wirtschaft“ ist, und daß Hitler daher an sie ebensowenig Anschluß zu suchen braucht, wie an eine andere Wirtschaftsgruppe — das ist eine Weisheit, die man nur mit Staunen und Schaudern vernehmen kann. Man erkennt aber an ihr jene Logik wieder, die für sämtliche Reden und Schriften des Oberst so kennzeichnend ist.

Auf die letzte Befehlsfrage, ob Schleichers Arbeitsbeschaffung Aussicht auf Erfolg habe, antwortete die männliche Gottheit mit folgenden Kernsätzen:

Arbeitsbeschaffungsprogramme sind nicht ihrer selbst wegen da. Ich enthalte mich daher (!) jedes Urteils über derartige Probleme, sondern (!) beurteile nur ihre Auswirkung auf die allgemeine deutsche Wirtschaftslage. Diese Kritik aber wird durch Maßnahmen des Kabinetts Schleicher nicht beseitigt.

Dies alles ist nicht etwa, wie Mißtrauische meinen könnten, eine Erfindung der „jüdischen Journaille“, sondern offiziellste amtliche Verlautbarung der offiziellsten Pressestelle der NSDAP. Dieses Vorgehen ist beglaubigte Äußerung eines sich selbst als solchen bezeichnenden „Politikers“, der behauptet, ein Geheimrezept zur Rettung des deutschen Volkes und zur Beilegung der Krise in der Tasche zu haben.

Amliche Mitteilung

Ueber die Unterredung, die Herr von Schleicher gestern mit Herrn von Papen gehabt hat, ist hier schon berichtet worden. Nachzutragen ist noch, daß darüber folgende amtliche Mitteilung erschienen ist:

„Der Reichskanzler empfing heute Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler am 4. Januar und die daran geknüpften irreführenden Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegenfälligkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.“

Zwischen den beiden Herren ist also — wenn man diesen Ausdruck noch gebrauchen darf, ohne peinliche Empfindungen zu wecken — „alles in Butter“. Aufatmend vernimmt das deutsche Volk, daß zwischen ihnen „keine Gegenfälligkeiten“ bestehen. „Völlig haltlos“ war die Behauptung, die Hitlers „Völkischer Beobachter“ aufgestellt hatte, Herr von Papen hätte Herrn Hitler über den letzten Kuffenwechsel in der Wilhelmstraße sein Herz ausgegüht. Wertwürdigerweise wollen trotzdem die Gerüchte nicht verstummen, daß eine neue Regierung der Banführten, Krautbarone und Schlotzpunkter unter Adolf Hitler als dem deutschen Faschingskanzler in Vorbereitung ist. Ein

Ärtere amtliche Mitteilung bleibt vorbehalten, zu versichern, daß auch zwischen dieser Regierung und Herrn von Schleicher „Gegenfälligkeiten“ nicht bestehen.

Papen und Hitler

Aus einem Haufen von Flugblättern, die die Nationalsozialistische Partei vor der letzten Reichstagswahl im Kampf gegen das Papen-Regime ins Volk geworfen hat, greifen wir auf gut Glück eins der Kreisleitungs Hagen heraus, für das Heinrich Bette, M. d. R., verantwortlich zeichnet. Das Blatt, das die Ueberschrift „2x2=4“ trägt und das die Stimmabgabe für die Hitler-Partei als das einzig mögliche Ergebnis der politischen Berechnungen von Arbeitern, Bauern und Bürgern hinstellt, setzt Papen mit der deutschnationalen Reaktion gleich:

„Papen: das heißt deutschnationale Reaktion. Deutschnationale Reaktion heißt: Ehtreue, Dreiklassenwahlrecht, Zondienst, Klassenkampf, Unfähigkeit, Vernichtung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Bolschewismus!“

Mit dem so gekennzeichneten Mann, auf dem der Fluch aller Nationalsozialisten lasten mußte, trifft sich acht Wochen nach der Wahl der Führer der Partei, wie er selbst sagt, die politische Lage mit ihm zu diskutieren, das heißt in Wirklichkeit, um sich seine politische Unterstützung zu sichern. Vermag man sich etwas Würdeloseres vorzustellen?

Handelskrieg!

Argentinien bleibt starkköpfig

Heute, am 10. Januar, wird Argentinien von der Liste derjenigen Länder gestrichen, die bei der Einfuhr nach Deutschland Meißbegünstigung genießen. Für die Einfuhr bestimmter argentinischer Waren werden die Zölle des Obertarifs angewandt. Damit wird der Handelskrieg zwischen Deutschland und Argentinien offiziell eröffnet. Der Handelsvertrag, der seit dem 19. September 1857 bestand, ist damit faktisch aufgehoben.

Der Anlaß zu diesem unerfreulichen Konflikt ist klein, aber die Folgen können sehr weittragend sein. Argentinien hat nämlich, mit Wirkung ab 15. November 1932, Chile für eine Reihe von Waren Zollermäßigungen gewährt, die es Deutschland nicht zugestehen will. Obwohl sich Deutschland und Argentinien 75 Jahre lang gegenseitig Meißbegünstigung gewährt haben, behauptete Argentinien plötzlich, Deutschland habe keinen Anspruch auf unbedingte Meißbegünstigung. Von diesem Standpunkt ist Argentinien trotz der androhten Gegenmaßnahmen nicht abgegangen. Der Beginn dieser Gegenmaßnahmen war zunächst auf den 1. Januar festgesetzt, dann bis zum 1. Januar hinausgeschoben worden — leider ohne Erfolg.

Argentiniens Starrköpfigkeit muß um so merkwürdiger erscheinen, als es sehr viel mehr an Deutschland verkauft als von Deutschland bezieht. Deutschlands Einfuhr an argentinischen Waren belief sich in der Zeit vom Januar bis September 1932 auf 147,3 Millionen Mark; hauptsächlich werden Weizen, Gerste, Mais, Wolle, Häute und Felle und Lössarten eingeführt. Die deutsche Ausfuhr (fast ausschließlich Fertigwaren) belief sich auf nur 65,9 Millionen Mark. So daß der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern mit 81,4 Millionen Mark zuungunsten Deutschlands passiv war.

Die Sache erhält dadurch größte Bedeutung, als die Haltung Argentiniens unter Berücksichtigung der Ottawa-Verträge des britischen Imperiums zu verstehen ist. Argentinien versucht, mit England einen neuen Handelsvertrag abzuschließen, nachdem seine Stellung in der englischen Einfuhr durch die Ottawa-Verträge stark verschlechtert worden ist. Um nun für die Ausfuhr nach England (Fleisch) günstige Bedingungen herauszuholen, will Argentinien anscheinend auch England Präferenzen einräumen, die Deutschland nicht zugute kommen sollen.

Die Aussichten für die Weltwirtschaftskonferenz werden somit immer schlechter.

Argentinien unruhig

Putschversuch gescheitert

Buenos Aires, 9. Januar.

Die Behörden sind einem neuen Putschversuch auf die Spur gekommen. Etwa 30 Bewaffnete haben versucht, das Eisenbahnerbataillon von Concordia (Provinz Corrientes) zu einem Aufstand zu bewegen. Es kam hierbei zu einem Feuergefecht, bei dem die Agitatoren zurückgeschlagen wurden. Ein Offizier und zwei Mann der Garnison wurden leicht verletzt. Zehn Anhänger des ehemaligen Präsidenten Trigo wurden verhaftet. — Ferner bemächtigten sich 15 Personen von der brasilianischen Grenze her des Polizeipostens San Isidoro. Sie versuchten auch den Polizeiposten von San Carlos in die Hand zu bekommen, wurden jedoch in die Flucht geschlagen. Man glaubt, daß die Bewegung mit dem im vorigen Monat gescheiterten Putsch in Verbindung steht.

Die Regierung mißt den bewaffneten Angriffen in der Grenzprovinz Corrientes keine Bedeutung bei. Sie hat Kenntnis erhalten, daß zehn argentinische Verdächtige, darunter die Rädelsführer der Angriffe, auf uruguayisches Gebiet geflüchtet sind, wo sie wegen Mißbrauchs der Gastfreundschaft und Bruchs des Ehrenwortes verhaftet wurden.

Berlins Frauen protestieren

Gegen den Margarinekrieg wider das Volk

„Die am 9. Januar im Saalbau Friedrichshain versammelten Frauen und Männer protestieren aufs schärfste gegen die Notverordnung vom 23. Dezember 1932, die durch den Butterbeimischungszwang eine Verteuerung und Verschlechterung der als Volksernährungsmittel unentbehrlichen Margarine herbeiführt und so die Lebenshaltung der breiten Massen noch weiter herabdrückt. Die Versammlung begrüßt den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellten Antrag auf sofortige Aufhebung der Margarineverordnung und erwartet vom Deutschen Reichstag, daß er bei seinem Zusammentritt am 24. Januar diesen Antrag einstimmig annimmt.“

So lautet die Resolution, die gestern mit Einstimmigkeit im Saalbau Friedrichshain von den Berliner Arbeiterfrauen, die in sehr großer Zahl zum Protest gegen den volksfeindlichen Kurs der amtierenden Reichsregierung sich eingefunden hatten, gefaßt wurde. Der Versammlung ging ein Fahnenmarsch voraus, der, mit Begeisterung begrüßt, von der Freien Sport- und Musikvereinigung in ihrer schmucken weißen Tracht geführt und musikalisch begleitet wurde. Unsere Reichsbannerkameraden stellten den Saal schuß. Die Genossinnen, die für die Gefangenen- und Verfolgtenhilfe warben, hatten besonderen Erfolg.

Genossin Kern eröffnete die Kundgebung mit lebhaft aufgenommenem Freiheitsruf. Im Namen des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei wies sie darauf hin, daß die Generalregierung von Schleicher den Bürgerfrieden brennt, um durch eine Notverordnung den Beimischungszwang von Butter zur Margarine zu dekretieren. Das fordere den Protest der schaffenden Bevölkerung heraus. Genossin Kern gab dann der Reichstagsabgeordneten Genossin Mathilde Wurm das Wort.

Mathilde Wurm führte aus: „Der Margarinekrieg ist ein Krieg gegen das Volk, zugunsten einer Schicht, die im Fördern schon immer unerfänglich gewesen ist. Die Agrarier haben vielleicht in den Formen des Kampfes sich geändert, in der Sache sind sie sich gleich geblieben. Früher, bei den Margarinegesetzen von 1887 und 1897, hat man sich scharf gegen die Beimischung von Butter gewandt. Man erstrebte dadurch eine Erhöhung der Butterpreise. Heute soll Margarine mit Butter verfälscht werden, um den Landwirten zu helfen.“

Die Gesetze von damals wurden im Interesse der Ugrarier erlassen, im gleichen Interesse liegt auch die heutige Notverordnung. Das Reichsernährungsministerium, das man Reichsministerium zur Ernährung der Landwirtschaft nennen möchte, hat keinerlei Versuche gemacht, ob diese neue Mischung, für die der beste Name Marke Freiherr von Braun ist, schmackhaft und haltbar ist. Die Freiherrn und Angehörigen der Schleicherregierung werden sie ja auch nicht zu essen brauchen! (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der Durchführung der Verordnung würde mehr als die Hälfte der Margarine verderben, ehe sie konsumiert ist. Die Notverordnung will die Verbraucher zwingen, zum Teil verderbte Margarine zu essen, um etwa 5 Proz. nicht absehbare Butter unterzubringen. Zwangsläufig aber tritt durch die Beimischung eine Verteuerung der Margarine ein. Produktionskosten und Verdienstsparne bleiben die gleichen, aber die Mehrkosten für neue Mischmaschinen bleiben unberücksichtigt. Die billigte Konsummargarine kostet 25 bis

26 Pf. je Pfund, sie würde um 5 bis 6 Pf., d. h. 25 Proz., verteuert werden.

Auch mit dieser Liebesgabe ist der unerfällige Landbund nicht zufrieden! Er fordert weiter in zahlreichen Kundgebungen autonome Zölle!

Wenn das Kabinett nicht tue, was der Landbund wolle, werde er seinen Weg ohne Herrn von Braun gehen. Die Absicht des Landbundes sei, neue Handelsverträge ohne gebundene Lebensmittelszölle abzuschließen. Wie sollen dann überhaupt Handelsverträge zustande kommen? Hinter dem Beimischungszwang stehe der Wunsch nach hohen Einfuhrzöllen für Devisen, die eine Verteuerung der Milch und der Butter herbeiführen müßten. Man mache Propaganda für Milch und Butter, aber berücksichtige nicht, daß den Massen die Kaufkraft fehlt, sich diese Lebensmittel zu beschaffen. Die Ziffern für den Verbrauch von Butter und Käse pro Kopf und Jahr reden, ebenso wie die Ziffern des Fleischkonsums, eine deutliche Sprache.

Hitler konzeriert und konspiriert in Köln mit den Leuten, die dieser Politik gegen das Volk die Stange halten. Das müsse endlich von den schaffenden Massen erkannt werden.

Jede Reaktion, ob sie unter den Namen von Papen, von Schleicher oder Hitler laufe, muß vom schaffenden Volk rücksichtslos bekämpft werden! Dieser Kampf muß geführt werden von der Vertretung der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie!

Die Ausführungen der Genossin Wurm fanden stürmischen Beifall. Genossin Kern schloß die Kundgebung mit einem Appell an die Frauen in Heim und Familie, gegen die volksfeindlichen Maßnahmen der Reaktion durch ständige Aufklärung und Arbeit im sozialistischen Geiste zu wirken!

Japan gegen Völkerbund

Es lehnt sogar Erwägungen ab!

Tokio, 9. Januar.

Das japanische Kabinett hat den Bericht des Außenministers Grafen Utschida über dessen Unterhaltung mit dem britischen Botschafter Sir Francis Biddle bezüglich des Völkerbundes einstimmig gebilligt.

Der britische Botschafter hatte Utschida gefragt, ob Japan zu — Erwägungen darüber gewillt sei, wie aus der durch die Haltung des Völkerbundes entstandenen Lage wieder herauszukommen sei. Er erinnerte den Außenminister daran, daß, falls Japan auf seiner „starken Haltung“ gegenüber dem Völkerbund bestehe, die Lage als völlig festgefahren betrachtet werden müsse. Nach japanischen Mitteilungen hat Außenminister Utschida erwidert, daß Japan, soweit es sich um den mandchurischen Konflikt handele, keinerlei Zugeständnisse machen könne. Das sei Japans endgültige Entscheidung.

Dem Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Nordchina sind heute telegraphische Weisungen erteilt worden, monach er Verhandlungen zur Regelung des Zwischenfalls von Schanhaiwan führen soll. Er soll dabei die Forderung aufstellen, daß sich die chinesischen Truppen „nach den Bestimmungen des Boger-Protokolls“ 2 Meilen hinter die Eisenbahnlinie zurückziehen, damit Ruhe und Frieden in Schanhaiwan aufrecht erhalten werden könnten!

Die japanische Admiralität teilt mit, daß sich zur Zeit in chinesischen Gewässern 23 japanische Kriegsschiffe befinden, alle haben Landungstruppen an Bord. Die Kriegsschiffe fahren nach Tschingwangtan.

Drohung gegen Schanghai

Schanghai, 9. Januar.

Der Vertreter der japanischen Gesandtschaft in Schanghai hat, einer amtlichen Mitteilung zufolge, die chinesischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß die antijapanische Bewegung in der letzten Zeit sehr zugenommen habe, ohne daß die chinesischen Behörden etwas dagegen unternommen hätten. Die japanischen Behörden verlangten auf Grund des chinesisch-japanischen Abkommens vom 14. Mai 1932 sofortige Maßnahmen zur Abstellung dieser Mißstände, widrigenfalls Japan sich gezwungen sehe, sonstige aus Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der Interessen seiner in Schanghai lebenden Staatsangehörigen zu treffen.

Aus Kanton wird gemeldet: General Tschiangkai-schek hat den nordchinesischen Generalen, die ihn um Erlaubnis zum Vorgehen gegen die Japaner baten, geantwortet, sie möchten

ihre Truppen bereit halten, aber Anweisungen abwarten. In der Provinz Schansi sollen 100 000 Mann chinesische Truppen zusammengezogen worden sein.

Chinas Ministerpräsident in Deutschland

Stuttgart, 9. Januar.

Der chinesische Ministerpräsident Wangsinwei, der sich seit einiger Zeit zur Kur im Tropengeneuesheim in Tübingen aufhält, erklärte einem Mitglied der Redaktion des „Stuttgarter Neuen Tagblattes“, daß überall, wo Japan mit kriegerischen Mitteln vorgehe, China sich einmütig und geschlossen nach Kräften zur Wehr setzen werde.

Die Frage, ob der japanische Vorstoß ein geeinigtes China sah, wurde von dem Ministerpräsidenten mit Lebhaftigkeit bejaht. Seit der chinesischen Revolution habe Japan das größte Interesse daran, daß China schwach bleibe. China stelle sich auf den Standpunkt: „Wir wollen keinen Krieg; aber wenn Japan kriegerisch vorgeht, werden wir kämpfen.“

Zu einer Kriegserklärung fühlt sich China nicht stark genug.

Anarchistenputsch niedergeschlagen

Spanischer Innenminister berichtet über die Lage

Madrid, 9. Januar.

Der spanische Innenminister gab im Laufe des Nachmittags der Presse die Erklärung ab, daß die Regierung bereits am Sonnabend von einem Komplott Kenntnis gehabt habe, das in ganz Spanien vorbereitet worden sei. Sie habe sofort überall Vorkehrungen angeordnet. Der Plan der Verschwörer habe darin bestanden, zunächst die Kasernen zu stürmen, um Waffen in die Hände zu bekommen, und dann zu einem zweiten Schlage auszuholen.

Überall seien die Regierungsanweisungen rechtzeitig eingetroffen und erfolgreich und wirkungsvoll befolgt worden.

Nur in Lerida habe man das Telegramm nicht schnell genug entziffert können und deshalb sei es dort zu ersten Zusammenstößen gekommen.

Ueber die Vorgänge selbst gab der Innenminister folgende Einzelheiten bekannt: In Valencia wurden drei Personen verhaftet, von denen zwei Bomben im Besitz hatten. In Graco, dem Hafen von Valencia, ist Streik ausgebrochen. In einigen Städten der Provinz Valencia wurden die elektrischen Leitungen zerstört. Die Telefonverbindungen zwischen Gandia und der übrigen Provinz sind deshalb unterbrochen. Auch in Cadix kam

aber es wird keine ganze Kraft daran setzen, die japanischen Uebergriffe abzuwehren.

Ueber den fundamentalen Unterschied zwischen seiner und der Politik Tschiangkai-scheks befragt, erklärte Wangsinwei, daß er nach einer wirklichen Demokratie für China gestrebt und die Militärdiktatur abgelehnt habe. Seit dem japanischen Einfall in der Mandchurei seien aber die Meinungsverschiedenheiten zurückgetreten. Unter höchstem Ziel, so fuhr er fort, dem japanischen Vorstoß Widerstand zu leisten, und aus diesem Grunde haben wir den Streit der Meinungen über die Staatsform zurückgestellt und ein Kompromiß geschlossen.

Ueber das Verhältnis zu Rußland erklärte der Ministerpräsident zum Schluß, daß bisher irgendeine Hoffnung auf ein Bündnis zwischen China und Rußland nicht bestehe. Außer der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei keine Tassache zu verzeichnen, die auf ein Zusammengehen hindeuten könnte.

Es sei im übrigen kein Zweifel möglich, daß, wenn der Streit im Fernen Osten andauere, nicht nur Rußland, sondern auch andere Mächte in Konflikt mit Japan kommen würden.

Endlich sprach der Ministerpräsident für die Haltung der öffentlichen Meinung in Deutschland, die mit dem Kampf Chinas um sein Recht überwiegend sympathisiere, seinen herzlichsten Dank aus.

es zu Zusammenstößen, und zwar im Verlaufe eines Fußballspiels.

Aus Barcelona wird berichtet, daß in Salent die Extremisten gegen die Zivilgardien vorgingen. Dabei wurde ein Zivilgardist getötet. Die Täter flohen in das Lokal der Syndikalistin, das von gestern abend 11 Uhr bis heute früh 7 Uhr von der Polizei belagert wurde. Schließlich haben sich die Insassen ergeben. Fünf Personen von ihnen waren während des Kampfes erheblich verletzt worden. Die Polizei hatte drei Verwundete. Bei der Durchsuchung der Geschäftsräume fand man eine große Anzahl Bomben und einen größeren Munitionsvorrat. Auch in Sardanola haben die Syndikalistin die Polizei angegriffen. Diese machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Syndikalist getötet wurde. Die übrigen entkamen.

Wie Haas berichtet, herrscht in Barcelona völlige Ruhe. Auch die Arbeit sei überall wieder aufgenommen worden.

Insgesamt seien 47 Personen verhaftet, 266 Bomben, 26 Revolver und ein großer Munitionsvorrat beschlagnahmt worden. Der Zustand der verletzten Polizeibeamten sei ernst.

Bilanz der ersten Januarwoche

Sollen die Nazis ungestört so weiterhausein!

Die erste Woche des neuen Jahres ist dahingegangen und sie ist bereits wieder erfüllt von den nichtswürdigen Schandtatensünden des Gefindels, das noch immer die Frechheit besitzt, sich Sozialisten zu nennen, wenn auch mit der Vorbezeichnung national. Wenn irgend etwas den wahren Sozialismus, den marxistischen Sozialismus kennzeichnet, so ist es seine Feindschaft gegen Gewalttat jeder Art. Immer mehr aber wird der Nationalsozialismus ein Sammelbecken krimineller Elemente und dunkler fragwürdiger Erfindungen. Die nachfolgende Zusammenstellung umfaßt alle jene Schändlichkeiten, die sich in einer einzigen Woche nur in Groß-Berlin abgepielt haben. Nimmt man die Nazi-Grenel- und Schandtatensünden hinzu, über die der „Vorwärts“ täglich noch aus dem Reich berichtet, so spiegelt das insgesamt Zustände wider, die eines Landes und eines Volkes wie des deutschen unwürdig sind. Wie lange werden Reichs- und Landesregierungen latentlos zusehen?

In der Nacht zum 1. Januar 1933 wurde der junge alleingehende Reichsbannermann Erich Just in Lichtenrade von einer Horde von 20 Nazis überfallen und so schwer verletzt, daß er noch heute im Krankenhaus liegt. Einige Stunden später wurde ein gleichfalls allein heimwärtsgehender 18jähriger Kommunist von derselben Nazihorde kalblütig abgeschlachtet. Wir haben die Harmlosigkeit des verantwortlichen Lichtenrader Polizeioberleutnants Kuch und die Gemeingefährlichkeit des Nazilagers in Lichtenrade gekennzeichnet. Was ist bisher darauf erfolgt? Nichts! Den Mörder des Kommunisten Herrmann hat man bisher nicht ermittelt.

In derselben Nacht früh 7 Uhr wurde vor dem Haus Adlerstraße 106 die 36jährige Frau

Martha Künstler von einem Nazi ohne jede Ursache glatt über den Haufen geschossen. Der Mörder, ein 24jähriger Karl Baumgart, ist inzwischen ermittelt und verhaftet worden.

In der Nacht zum 2. Januar legten Nationalsozialisten auf einen Mauervorsprung vor dem sozialdemokratischen Reichsbanner- und Partei- lokal Ecke Kniprod- und Kurische Straße einen Sprengkörper, der aber von einem Polizeibeamten glücklicherweise entdeckt und unschädlich gemacht werden konnte. Im andern Fall wäre das Unheil unabsehbar gewesen.

Bei der polizeilichen Untersuchung eines SPD-Lokals hatten sich Nazis in der Weise beteiligt, daß sie einfach die Scheiben des Lokals einwarfen. Darauf ging die Polizei gegen das Nazilokal, aus dem die Scheibenzertümmerer gekommen waren, vor, stieß aber auf heftigsten Widerstand. Es kam zu erbittertem Handgemenge. Ein Beamter erhielt von einem Nazi einen Stoß vor die Brust. Die Nazis waren trotz freundlichen Zuredens der Polizei nicht zur Vernunft zu bringen. In der Verhandlung ließ das Gericht zwei Angeklagte mit je einem Monat Gefängnis ungewöhnlich milde davonkommen.

Auf ein in der Sophienstraße in Lichtenberg mohnendes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners ist ein zweifaches Pistolentatentat verübt worden. Zur Nachtzeit wurden einmal acht und einmal sieben Schüsse auf sein Bett abgegeben. Dieser Fall beweist, daß wir bereits Zustände haben, die schlimmer sind als im

amerikanischen Wildwest, weil es dort wenig oder gar keine, hier aber eine sehr zahlreiche Polizei gibt.

Am Donnerstag wurde in einer Berufsungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts ein erstinstanzliches Urteil gegen den Führer der Rauener NSDAP, den Gutsinspektor Kurt Wölfel, sowie gegen den Landwirt Bille, beide wegen Erpressung zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt, bestätigt. In der Nacht zum Freitag überfallen Nazis ein ahnungsloses Künstlerpöckchen in dem Künstlerlokal „Lunte“ in der Eislebener Straße, schlugen die Gäste blutig und demolieren die Einrichtung. Warum? Die dort verkehrenden Künstler sollen linksgerichtet sein.

Gleichfalls in einer Berufsungsverhandlung hatte sich der ehemalige Rittergutsbesitzer und stellvertretende Sturmbannführer der SA Rangsdorf, Richard Spielermann, wegen versuchten Betruges zu verantworten. Das Landgericht III verwarf die Berufung des Nazi-Ritters. In der Verhandlung kam heraus, daß diese Deuchte des Nazi-Deutschtums ein tolles Verschwenderverleben geführt hatte.

Mörder, Totschläger, Banditen, Sprengstoffattentäter, Erpresser, Betrüger, Hausfriedensbrecher. Wir gratulieren den vielen Berliner NSDAP-Wählern, die sich zu einem nicht unbedeutenden Teil aus den Kreisen der Adligen, Offizierspensionäre, Hochschulprofessoren, Beamten, Pädagogen, Ärzte, Ingenieure, Pfarrer, Industriellen und deren Frauen rekrutieren, zu diesen ihren vortrefflichen Mitwählern und politischen Befinnungsfreunden.

für die Tochter um 5 M. gekürzt. Als man der Mann einmal infolge materieller Schwierigkeiten mit der Zahlung in Verzug geriet, sandte ihm das Töchterchen den Gerichtsvollzieher auf den Hals und ließ des Vaters Lohn pfänden. Der Mann ist durch die vielen Aufregungen, die ihm in seiner immer schlechter werdenden finanziellen Lage bedrückten, der Verzweiflung nahe.

800 Mark Belohnung Zum Raubüberfall in Berlin C

Auf die Ergreifung der Täter, die am gestrigen Montagmittag auf den Lagerverwalter der Tabakgroßhandlung van der Linden u. Co. in der Alexanderstraße 22 einen Raubüberfall verübten und ihn durch mehrere Schüsse schwer verletzten, ist vom Polizeipräsidenten eine Belohnung in Höhe von 800 Mark ausgesetzt worden.

Der Ueberfallene hat jetzt eine Beschreibung der Täter gegeben, und zwar wird der eine als 1,65 Meter groß bezeichnet. Er ist barlos und trug einen langen, bis oben zugeknöpften Mantel und eine dunkle Schirmmütze, so daß er wie ein Chauffeur ausah. Der zweite Täter ist etwa 1,62 Meter groß und war mit einem grauen Jackett, grauen Knickerbockershosen (Staubanzug), heller Hose und hellen Strümpfen bekleidet. Dieser Täter trug einen kleinen Kufsaat. Mitteilungen, die zur Ergreifung der beiden Täter führen und die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, sind an das Raubdezernat im Polizeipräsidium zu richten. Das Befinden des schwerverletzten Kassenboten Schnell, der ins Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert wurde, ist übrigens den Verhältnissen nach zufriedenstellend und gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Katzen im Schubert-Saal

Von der Ortsgruppe Berlin des Bundes für Katzenzucht und Katzenchutz e. V., Dresden, wird im Schubert-Saal in der Bülowstr. 104 die erste Berliner Katzen-Tausch-Ausstellung veranstaltet. Der Bund hat das Bestreben, durch Zucht zum Schutz zu kommen. Er betont, in erster Linie Tierzüchter zu sein. Durch bewußte Zucht will er dem Menschen die Katze wertvoll machen, wie es z. B. bei der Hundezucht seit langem gelungen ist. Unter den Langhaarigen findet man in der Ausstellung Perjer und deutsches Langhaar. Die Perjer Hochzucht ist außer-

ordentlich interessant; man sieht sie nicht nur, wie bisher üblich in Blau, sondern in allen möglichen Farben. Es kommt eben nicht auf die Farbe, sondern auf die Gestalt an, und zwar soll die Figur gedrungen sein, die Stirn aber vorspringen. Unter dem Kurzhaar erblickt man Tiger und Sakeren. Natürlich sind auch einfarbige Tiere vorhanden die jetzt alleamt auf Schlangform gezogen werden.

In der Ausstellung sieht man wieder mehrere Tierfreundschaften. Sie bezeugen, daß es durchaus möglich ist, Katzen vogeltrumm zu machen. Darum hat man den Plan, solche Katzen geübt zu paaren, um nach mehreren Generationen womöglich die absolut vogeltrumm Katze zu ziehen, die namentlich für Kleingärtner usw. von größtem Nutzen sein könnte.

Selbstmord im Gefängnis Aus Angst vor der Strafe

Im Amtsgerichtsgefängnis Lichtenberg wurde am Sonntagabend der 21jährige Untersuchungsgefangene Otto Sch. aus Rahlsdorf-Nord in seiner Zelle tot aufgefunden, und zwar hatte er sich an dem Gestell seiner Schlafpritsche mit einem Stoffgurt erhängt. Dem Untersuchungsgefangenen wurden zahlreiche Einbrüche und Diebstähle in der Umgegend von Rahlsdorf zur Last gelegt, die er mit einer jugendlichen Bande ausgeführt hatte. Entgegen anderslautenden Meldungen hatte Sch. bereits ein Geständnis abgelegt und in mehreren Fällen die Diebstähle eingestanden.

Skandal um Hohenzollern Treuer Diener nach 51 Jahren auf die Straße gesetzt

Auf dem Amtsgericht Potsdam klagte gestern der 72jährige Hofstaatsbeamte Albert Huth aus Klein-Glienitz gegen die Hausgutsverwaltung der Erben des Prinzen Friedrich Leopold.

Der Kläger, noch vom Prinzen Friedrich Karl als Parkaufseher der Schlossgärten bestimmt, hat dem Hohenzollernhaus 51 Jahre treu gedient. Mit Argusaugen mußte dieser Getreue darüber wachen, daß kein Unbefugter die prinzipalischen Gärten betrete, und jetzt hat der Alte nicht nur seit fünf Monaten kein Gehalt erhalten, sondern Prinz Friedrich Leopolds Sohn hat ihm und seiner alten Ehefrau die Wohnung im Schlosspark, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, gekündigt, weil der verchiedenberühmte Prinz ausgerechnet diese Wohnung für einen jungen Angestellten braucht, der die persönliche Bewachung des Prinzen übernehmen soll, wenn er mal in Potsdam weilt.

Der Kläger machte geltend, daß er nicht eher die Wohnung verlasse, bevor ihm nicht sein rückständiges Gehalt ausgezahlt bzw. seine Pensionierung geregelt sei. „Das ist ja ein Skandal“, rief der alte Pächter, „51 Jahre hat man gearbeitet und jetzt wollen sie einen auf die Straße setzen!“

Das Amtsgericht glaubte, daß hier das Mieterschutzgesetz Anwendung finden kann, und die Sache wurde daher an ein anderes Ressort weitergegeben, das die Mieterschutzangelegenheiten bearbeitet.

Wenn man kürzlich in Berliner bürgerlichen Blättern die Bemerkung lesen konnte, daß sich die Angelegenheiten des jungen Hohenzollernprinzen Friedrich Leopold allmählich zu einem Skandal auswachen, so kann man jetzt sagen, sie sind ein Skandal.

Vertrauen zur Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, das Lebensversicherungsunternehmen der Werkstätten, kann von erheblichen Fortschritten in ihrem Reuegeschäft und in der Wiederinanspruchnahme erloschener Versicherungen berichten. Während im August nur 10 008 Versicherungen beantragt wurden, waren es im September bereits 11 322, im Oktober 12 290, im November 15 672 und im Dezember kam das ohne Zweifel in der jetzigen Zeit als sehr gut zu bezeichnende Ergebnis von 18 255 Anträgen herein.

Diese Antragsproduktion beweist, daß die Volksfürsorge großes Vertrauen in der arbeitenden Bevölkerung genießt, weil jeder weiß, daß sie für den Großen aus den Händen der Werkstätten die größte Gegenleistung zu bieten vermag.

Ueber die Parteipresse und ihre Aufgaben in der Massenwerbung spricht Genosse Rupperecht auf einem Aussprachabend der Sozialistischen Studentenschaft am Donnerstag, dem 12. Januar, 20 Uhr, im Bund, Albrechtstr. 11, Gartenhaus 2 Treppen.

Nach der Amnestie

Erster politischer Prozeß in Moabit

Nachdem der „politische Kampf“ mit Revolvern, Messern und Totschlägern im wesentlichen durch die Nationalsozialisten wieder in Gang gebracht worden ist, wird Moabit, kürzlich noch im Zeichen der Amnestie, in allernächster Zeit wie früher von einer Fülle politischer Kommissprozeße überflutet werden. Der erste Prozeß dieser Art fand gestern vor dem Schnellschöffengericht statt. Den Reigen eröffneten diesmal jedoch die Kommunisten. Der 21jährige Schlosser M. und der 21jährige Wolkereigehilfe K. waren angeklagt des schweren Landfriedensbruches, der erstere auch der Gewalttätigkeit gegen Personen.

Am 17. Dezember 1932 kam es in der Landwehrstraße zu einem großen Menschenauflauf. Gegen das Verkehrslokal der NSDAP wurden drohende Rufe ausgestoßen, es fielen Schüsse, eine vollkommen unbeteiligte Frau wurde verletzt, die Hakenkreuzfahne am Verkehrslokal heruntergerissen und auf die Straße geworfen. Der Unwille der Nachbarschaft gegen das eben erst eröffnete SA-Lokal mag verständlich gewesen sein, die Exzesse, insbesondere die Schießerei sind aber deshalb noch lange nicht zu rechtfertigen. Als Schütze wurde auf die Angaben einiger Nationalsozialisten hin der Schlosser M. verhaftet. Ein anderer junger

Mensch — es war der Angeklagte K. — folgte den Beamten, die M. zur Wache führten und erlärte, er wolle auch mit auf die Wache. Er wurde gleich dabehalten und beschuldigt, am Landfriedensbruch teilgenommen zu haben, bestritt jedoch seine Beteiligung. Zwei Tage vor der Verhandlung richtete er aber an das Gericht ein Schreiben, in dem er zugab, die Hakenkreuzfahne heruntergerissen zu haben. Bei seinem Geständnis blieb er auch vor Gericht. M. dagegen bestritt, sich in der Menschenmenge befunden zu haben; er brachte auch einige Entlastungszeugen mit, die unter Eid bekundeten, daß er während des Auslaufes in einem benachbarten Lokal Karten gespielt habe. Die eidlichen Bekundungen der Nationalsozialisten reichten nicht aus, um die Aussagen dieser Entlastungszeugen zu entkräften. Das Gericht sprach M. mangels Beweises frei und verurteilte K. zu 7 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Steinhaus aus, daß die Strafe gegen K. nicht zu niedrig sein durfte, um ihm und seinesgleichen, die glauben, nun nach Aufhebung der Sondergerichte und der Antiterrorratsverordnung wieder in alter Weise den „politischen Kampf“ führen zu dürfen, eine entsprechende Warnung zu kommen zu lassen. Das ist so wahr und richtig bemerkt, daß es sich vor allen Dingen auch die nationalsozialistischen Bürgerkriegsoldaten merken sollten.

erging an den Vater die Aufforderung, für den Lebensunterhalt seiner Tochter beizutragen, worauf dieser erklärte, daß er ja bereits die Miete der von seiner Tochter grundlos verlassenen Wohnung trage und außerdem auch für seine arbeitslose zweite Tochter sorgen müsse. Die Sache kam vors Amtsgericht, und der Vater erklärte sich schließlich bereit, monatlich 10 M. an seine Tochter zu zahlen, erhöhte dann den Betrag auf 20 M., trotzdem ihm dies ein schweres materielles Opfer bedeutete. Inzwischen war im Betrieb Kurzarbeit eingeführt worden und der Bruttolohn des Mannes auf wöchentlich 37 M. gesunken. Nun erklärte sich der Mann außerstande, 20 M. monatliche „Rente“ an seine Tochter zu bezahlen. Nach langem Her und Hin wurde der Erhaltungsbeitrag

Kleine Tragödie

Der Schriftsteller B. besitzt aus seiner ersten Ehe zwei Töchter, von denen ihm die Jüngere seit Jahren das Leben schwer macht. Nach dem Tode seiner Frau lebte er mit den beiden Mädchen im Haushalt, aber es gab keinen Frieden, weil die Jüngere freisüchtiger Natur war und sich um den Haushalt wenig kümmerte. Um des lieben Friedens willen räumte der Vater das Feld, er heiratete zum zweiten mal und überließ den beiden Mädchen seine Wohnung. Aber es gab auch jetzt ewig Streit, schließlich zog das eine Mädchen aus der väterlichen Wohnung aus, zog in Untermiete und stellte sich der Wohlfahrt als ausgeheuerte Erwerbslose vor. Daraufhin

Auch am Abend eine gute MAGGI-Suppe: sie ist billig, nahrhaft und bekömmlich
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Der Kampf um den Kunden

24 000 Stände haben Berlins Wochenmärkte

Der „Vorwärts“ wies schon vor einigen Monaten auf die eigenartige Tatsache hin, daß in der gegenwärtigen Zeit ständiger Kaufkraft fortgesetzt neue Märkte in Berlin entstehen. Tausende von Männern und Frauen, die als Käufer mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurden, versuchen durch den Beginn eines Handels ihre sonst nur spärlichen Einkünfte zu erhöhen. Jetzt veröffentlicht zu dem gleichen Thema die „Berliner Wirtschaftsberichte“ (2. Dezemberheft 1932) eine Erhebung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, und zwar über die Entwicklung unserer Wochenmärkte. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können nur bedenklich stimmen. Anfanglich wurde wohl die Eröffnung neuer Wochenmärkte noch allenfalls durch das Entstehen zahlreicher Neubaulöcher in den Außenbezirken gerechtfertigt, später aber, beim ununterbrochenen Anschwellen der Erwerbslosenziffern, mußte die Zunahme allein der privaten Wochenmärkte von 46 im Jahre 1926 auf jetzt 89 im Jahre 1931 zu unerwünschten Konsequenzen führen. So schreiben beispielsweise auch die „Berliner Wirtschaftsberichte“ auf Seite 211:

Zu viel Märkte

„Die starke Zunahme der privaten Märkte stand offenbar nicht in allen Fällen im richtigen Verhältnis zum wirklichen Bedarf, denn eine Reihe von neu eröffneten Märkten erwies sich bald als nicht lebensfähig. Verhängnisvoll wurde für sie oft eine ungünstige Lage, abseits vom Verkehr, z. B. am Ende einer Seitengasse, in der Nähe von unbebautem Gelände oder in einer Gegend mit vielen guten Ladengeschäften, verhältnismäßig auch unmittelbar neben einem gut eingeführten öffentlichen Markt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gut eingerichtete Privatmärkte wieder geschlossen werden mußten und bei vielen, heute noch bestehenden, nur wenig besetzte Stellen zu finden sind. Von den seit dem Jahre 1926 neu errichteten 57 privaten Märkten sind 14 bis zum Ende des Jahres 1931 wieder geschlossen worden. Trotzdem sind auch im letzten Jahre wieder sechs neue Privatmärkte eingerichtet worden, und zwar in den Bezirken Schöneberg, Steglitz, Tempelhofer und Köpenick je 1 und im Bezirk Pantow 2.“

Man muß nämlich berücksichtigen, daß Ende 1931 neben den bestehen gebliebenen 89 privaten Märkten noch 60 öffentliche (städtische) Märkte existieren, insgesamt also 149 solcher „Warenhäuser unter freiem Himmel“. Diese öffentlichen,

Politische Funktionärinnen-Konferenz

Montag, den 16. Januar, 19½ Uhr, in den Sophienböden, Sophienstraße.
Tagesordnung: 1. „Unsere Aufgaben im neuen Kampfsjahr“. Referentin Genossin Käthe Kern. 2. Aufstellung der Vorschläge für die Delegierten der Frauen zum Reichsparteitag. Zutritt zu dieser Konferenz haben: 1. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes; 2. die beiden Vertreterinnen der Frauen im Kreis- bzw. Abteilungsvorstand; 3. die weiblichen Mitglieder der Abteilungs- bzw. Kreisvorstände (darunter sind zu verstehen die weiblichen Kassierer, Schriftführer, Vertreter der SA) und die weiblichen Beisitzer im Kreisvorstand; 4. die weiblichen Bezirks- und Stadtverordneten, Land- und Reichstagsabgeordneten. Die Funktionärinnen haben am Saaleingang als Ausweis das Mitgliedsbuch und die Funktionärkarte vorzuzeigen. — Die Türkontrolle hat der 1. Kreis-Mitte, Saalöffnung 19 Uhr.
Das Frauensekretariat.

von der Stadt bewirtschafteten Märkte sind übrigens die weitaus größeren, so hat der Markt am Raybachufer in Neutölln allein 750 Stände, dann folgt als zweitgrößter der öffentliche Markt am Boghagener Platz in Lichtenberg mit 540 Ständen und erst der drittgrößte Markt Berlins (am Hünemannplatz im Bezirk Prenzlauer Berg) mit rund 300 Ständen ist ein Privatmarkt. Insgesamt können auf den 149 Märkten Berlins

24 000 Stände besetzt werden. Zu diesen festen Ständen kommen dann noch rund 2000 sogenannte Tagesstände von Händlern mit Kramatten, Wäschebündeln, Schnürsenkeln, Blasfitt, Feuerzeugen und ähnlichen Gegenständen. Die Bezirke mit den meisten Ständen sind Charlottenburg (2451 Stände) und Neutölln (2359 Stände), hier blüht also das Marktleben, während andererseits im Bezirk Mitte nicht mehr ein einziger Markttag abgehalten wird.

Womit wird gehandelt?

Womit wird nun eigentlich auf dem Wochenmarkt gehandelt? Auch diese Frage hat das Statistische Amt sehr eingehend untersucht und folgendes festgestellt: 5354 Stände handelten mit Obst, Gemüse und Kartoffeln. Das lehrte auch der Augenschein. Aber dichtauf folgen plötzlich 4349 Stände mit Textil- und Schuhwaren und in einigem Abstand folgen dann erst an dritter Stelle die 3601 Stände mit Fleisch und Wurst. Den vierten Platz haben sich die Fischhändler erobert (1583 Stände), und erwähnenswert wären noch die 1336 Butter-, Eier- und Käsehändler. Hernach geht es rapide abwärts bis zu den Händlern mit Gesundheits-, Knoblauch- und Singvögeln. Auch die „Wirtschaftsberichte“ unterstreichen die Tatsache, daß sich der Textilhandel den zweiten Platz auf den Berliner Märkten erobert konnte. Die meisten Markttag werden übrigens am Sonnabend abgehalten, nämlich 108, dann folgt der Dienstag mit 60 und jetzt erst der Freitag mit 58 Markttagen. Während auf den öffentlichen Märkten die Standgebühr pro Markttag und Quadratmeter 10 Pfennige beträgt, hält den Rekord mit der Standgebühr ein privater Markt in Wilmerdorf; hier schwankt das tägliche Standgeld zwischen 90 Pf. und 1,20 Markt je laufenden Meter!

Ein kleiner Teil der Markthändler ist gleichzeitig Erzeuger. Meist sind es Gärtner, die ihre Waren selbst vertreiben und mitunter dazu noch die Waren verwandter Betriebe aus ihrem Dorf. Aber nur selten kommt ein Bauer oder ein Gärtner über 50 Kilometer weit zum Markt nach Berlin gefahren.

Der Verein „Roter Panther“ hergefallen waren, wobei einer von den „Roten Panthern“ durch Messerstiche tödlich verletzt wurde, zu folgenden Strafen: den Angeklagten B. und den 17jährigen S. wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, im Tateinheit mit Kaufhandel zu 3 Jahren bzw. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, den Vorsitzenden des Wandervereins „Pantgrafen“, den Angeklagten W., zu 1 Jahr Gefängnis und die Angeklagten D. und H. zu 3 bzw. 6 Monaten Gefängnis wegen gefährlicher gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Kaufhandel. Der 17jährige S. erhielt auf einen Teil der Strafe Bewährungsfrist.

Das Gericht wird durch die teilweise hohen Gefängnisstrafen wohl haben lassen wollen, daß die blutigen Kampfmethoden der Cliquen unter keinen Umständen geduldet werden können, und daß hier Abschreckung tut. Die Verhandlung gestattete manchen interessanten Einblick in das Treiben der Cliquen, auf das übrigens der „Vorwärts“ in den letzten Jahren wiederholt eingegangen ist; sie führte aber auch das Cliquenwesen als soziales Problem vor Augen. Diese Dungen in den Cliquen sind zu einem großen Teil dieselben arbeitslosen, durchaus nicht arbeitslosen Burden, deren trostlose Häuslichkeit sie auf die Straße jagt und die in der eigenartigen Organisation großstädtischer Jugend einen inneren Halt suchen und manchmal auch finden. Kein Zufall, daß das Cliquenwesen erst in den letzten vier Jahren der ungeheuren Erwerbslosigkeit eine so große Ausdehnung erhalten hat.

Auf einem Sonderabend der Deutschen Liga für Menschenrechte sprach der Schriftsteller Wilhelm Herzog über die Generale der Republik. Wer da gemeint hatte, etwas über die Generale der deutschen Republik zu hören, der sah sich enttäuscht. Herr Herzog sprach über die Generale der französischen Republik zur Zeit der Dreyfus-Affäre und meinte unschuldig und gewissermaßen beiläufig, es sei den Hörern anheimgestellt, Parallelen zu ziehen und Vergleiche mit unserer Zeit anzustellen. Im ganzen genommen war der Vortrag eine psychologisch gut fundierte Soziologie und Charakterologie jener Schicht höchstkommandierender Offiziere, die aus der Zeit des Absolutismus und des Feudalismus in unsere Zeit fremd hineinragen und dem Volk als die mit unkontrollierbaren Vollmachten ausgerüsteten Vollstrecker des Willens, des Kapitals erscheinen. Dabei betonte Herzog, daß die Generale so wie sie handeln, aus Überzeugung handeln und gar nicht anders handeln können. Es sei auch vollkommen falsch, die Generale als unfähige Trottel und Gewaltmenschen hinzustellen. Es komme deshalb nicht so sehr auf die Generale an, sondern auf das System, das sie an ihren Stellen lasse, so bald eine bessere und schärfer parlamentarische Kontrolle der Generale eintrete, seien sie anpassungsfähig. Auch in Rußland diene heute eine Anzahl alter zaristischer Offiziere den Sowjets.

Der Parlamentarismus widerspreche allerdings dem ganzen Wesen der Generale. Der einzige wahre ernsthafte Gegner des Krieges sei der Sozialismus aus der Schule des Karl Marx. Gefährlich hingegen sei die Heuchelei des Bürgeriums; bei ihm dürfe die Friedensidee nicht so weit gehen, daß sie die Abwehrorganisation des eigenen Heeres beleuchte.

In wenig Worten

Der Reichsaußenminister empfing am Montag den französischen Botschafter Francois-Poncet, der ihm den Dank der französischen Regierung für die Rettungsaktion des deutschen Schiffes „Ruhr“ und für das Beileid der deutschen Regierung übermittelte.

In dem Reiseraum der „Atlantique“ sind am Montag noch zwei völlig verfaulte Leichen gefunden worden. Die Identifizierung der Toten ist unmöglich.

Unter starker Beteiligung fand gestern nachmittag um 3 Uhr auf dem Gemeindefriedhof Reinickendorf in der Humboldtstraße die Trauerfeier und Beisetzung der Räherin Frau Künstler statt, die in der Silvesternacht von dem am Sonnabend festgenommenen Nazisturmführer Baumgart erschossen worden war. Am heutigen Dienstag um 3 Uhr erfolgt auf dem Friedhof in Lichtenrade die Beisetzung des Jungkommunisten Hermann, der in der Silvesternacht von Nationalsozialisten erschossen worden ist.

In der Familiengruft auf Gut Groß Behnig wurde am Montag der Ende voriger Woche verstorbene Mitinhaber der Firma Borfig, Ernst von Borfig, beigesetzt. Im Trauergefolge bemerkte man u. a. Reichswehrminister a. D. Groener und Oberbürgermeister Dr. Sahn. Oberschlesische Bergleute trugen den Sarg in die Gruft.

In ihrer Wohnung im Hause Straßburger Straße 48 im Norden Berlins wurde gestern nachmittag die 77 Jahre alte Rentempfängerin Dorothee Hanpe im Bett mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Die alte Frau ist einem Unfall zum Opfer gefallen.

Der Landeskriminalpolizei ist es im Kreise Erkelenz gelungen, eine Falschmünzbande zu stellen und hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Nach klarer, kalter Nacht am Tage etwas neblig, wechselnd bewölkt und etwas milder, aber kalter als am vergangenen Tage. — In Deutschland: In ganz Deutschland etwas kühleres, heiteres bis wechselnd bewölkt Wetter, nur stellenweise in den Gebirgen einzelne Schneeschauer, nachlassende nordwestliche Winde, in Ostpreußen zunächst noch stärker bewölkt mit leichten Regen- und Schneefächern, dann aufheiternd.

Öffentlicher Vortrag der Landwirtschaftlichen Hochschule Mittwoch, den 11. Januar, Invalidenstraße 42, Hörsaal 10, Quergebäude, pünktlich 8 Uhr abends. Prof. Freckmann: „Deutschlands Moore“. Eintritt und Kleiderablage frei.

Nicht wahllos kaufen!

Je bewegter die Zeiten, um so wichtiger ist es, auf „Qualität“ bedacht zu sein, denn nur Qualitätsware ist wirklich unverwundlich und haltbar. Es soll durchaus nicht gesagt sein, daß Qualitätschuhe immer auch teurer zu sein pflegen. Im Gegenteil — bei Leister, dem größten und leistungsfähigsten Schuhhaus Berlins, erhalten Sie jetzt im Inventurverkauf gute, reguläre Leister-Qualitätsschuhe schon fast für den Preis einer Befohlung. Etwa 100 000 Modell- und Restpaare hat Leister während des Inventurverkaufs bis 75 Proz. herabgesetzt, kein Wunder, daß die Leister-Filialen täglich geradezu „gestürmt“ werden — so groß ist der Andrang! Für die letzten fünf Tage des Inventurverkaufs sind die Preise für Restpaare nochmals herabgesetzt worden.

Siedlung durch Selbsthilfe. Vor einiger Zeit hatte sich eine Anzahl von Gleichgesinnten zur Selbsthilfe-Organisation der Schrebergärten-Siedler, kurz SÖSS, genannt, zusammengeschlossen, um durch Erwerb geeigneten Landes jedem Mitglied auf billige Weise ein Eigenheim von mindestens 62 Quadratmeter umbauter Wohnfläche und je nach Stärke der Familie ½ bis 1 Morgen gutes Gartenland zu beschaffen. Jetzt liegen bereits die Bebauungspläne eines bei Dranienburg erworbenen Gutes Dranienhof vor, das die SÖSS mit rund 350 Morgen an ihre Mitglieder zum Selbstkostenpreise unter Ablehnung jeglichen Profits aufteilt. Das Land wird an die einzelnen Erwerber als Eigentum aufgegeben, so daß jeder Erwerber tatsächlich auch eigener Herr auf eigenem Grund und Boden wird.

Auch im neuen Jahr wird es der Hausfrau vornehmste Sorge sein, den Übrigen selbst bei einfacher Küchenführung stets ein sättigendes und schmackhaftes Essen vorzusetzen. Hierbei unterstützen die Hausfrau in erster Linie die erprobten Marken-Produkte. Besonders beliebt sind Suppen, Soßen, Gemüsen, Salaten, Füll- und Fischspeisen (eben durch ganz wenige Tropfen Wohlgeschmack, mit Ragout Suppenmilch (nicht als zu verfeinertes Sorten) bereitet man schnell köstliche und bekömmliche Suppen. Magis Fischbrühen (nicht ohne Mühe feinsten Fischbrühe zu kochen) und Eintöpfchen. Der Magis-Produkt-Vertrieb, kurz und leicht doch gut.

Die „fröhliche Ausreißerin“

Eine von Zehntausend — Wo ist hier der Ausweg?

Zeitungsnotiz: In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag ist die Frau E. A. spurlos verschwunden. Die junge Frau war in fröhlicher Stimmung in einem Lokal, das sie plötzlich verließ und in das sie nicht wieder zurückkehrte. Auch in die Wohnung kam sie nicht zurück. Erst nach zwei Tagen ist die Frau, äußerlich völlig wohlbehalten, in ihre Wohnung zurückgekommen. Was ist in der Frau vorgegangen?

In ihrer kleinen blühhafteren Küche im nördlichsten Berlin empfängt sie den Besucher und erzählt, indem sie tapfer die aufsteigenden Tränen niederkämpft: „Ich kann das Ende einfach nicht mehr ertragen.“ Der Mann ist jahrelang arbeitslos, zwei Kinder sind da, die essen wollen, sie selbst ist schwerleidend an Körper und Seele. Schon einmal sind ihr die Nerven durchgegangen, da hat man sie eine Zeitlang auf ausgepöppelt, dann ging es wieder. Und jetzt ist sie wieder so weit. „Gut und kräftig essen“, verordnet der Arzt, er verschreibt ihr auch ein Attest für Milch und Butter; aber leider führt er diese Sache nicht in seinem Medizinischen...

Auch die Kinder sind blaß und elend, auch für sie gibt's keine Nahrungsbesserung und das Schädlichen Arsentabletten, das der Doktor spendet, wird vielleicht das allzu wenige Blut ein bißchen aufbessern, aber Kraft und gute Entwicklung kommt davon auch nicht. 18 Mark pro Woche für 4 Menschen, was ist das schon? Davon geht ein gut Teil für Miete weg, davon sollen Kohlen gekauft werden, denn die paar Freilöhler reichen nicht her und nicht hin, davon soll gegessen und gekleidet sein.

Wenn der Wohlfahrtsprüfer in den leeren Kleiderschrank sieht und die Kinder ihre laputtigen Stiefelchen hochrecken, dann hat er jedesmal ein bedauerndes, verstehendes Kopfschütteln, macht getreulich seinen Bericht und — es kommt wieder nichts dabei heraus. Die kranke Frau läuft im dünnen Sommermantelchen, ab und zu borgt sie sich von einer Verwandten ein wärmendes Kleidungsstück. Dann zieht sie unter dem Küchenschiff den Waschtisch hervor und zeigt: „Das ist das einzige warme Häuschen von der Kleinen — ein total verstopftes, verdrillenes Zeug — und wenn das in der Wäsche ist, muß sie mit einem ganz dünnen Unterzeug laufen.“

Mittag ist's, aber auf dem Kochherd ist's ad und leer. Wann wird denn bei Ihnen eigentlich gegessen? „Essen, zu Mittag? Rees, das haben wir uns längst abgemöhnt. Abends, wenn die Kinder aus dem Hort heimkommen, dann gibt's für jeden eine Stulle, oder eine dünne Suppe, Schluß Mahlzeit. Immer nur Margarine-stullen. Vater, jammert öfter mein Junge, kannste denn nicht mal Schmalz oder Leberwurst laufen?“

„Sehen Sie sich doch die Frau an, mit ihren 72 Pfund, ist denn das ein Wunder, wenn die einfach freit?“ sagt der Mann. Dann schleppt er einen schweren Stoß Akten hervor. Seine Korrespondenz mit der Wohlfahrt. Immer wieder Anträge auf Sonderunterstützung, auf Rohrzuckerzulage, auf Kleider und auf Schuhsohlen, dann wieder Beschwerden, weil man abgelehnt hatte. So vollzieht sich das Leben dieser Menschen. Die Ermittlung ist auch schon bei ihnen zu Gaste gewesen, dann hat man sich bei Bericht auf kleine Raten geeinigt, aber auch die können wieder nicht aufgebracht werden. Zweimal war schon der Hauswirt oben und hat energisch auf seinem Schein bestanden. Wenn er ein drittes Mal vorgeht, was wird dann?

Das ist also das Milieu der „fröhlichen Ausreißerin“!

Trebbin ohne Ruhe

Nazis verursachen Schlägerei

Aus Trebbin wird uns geschrieben: In Trebbin haben die Provokationen der Nationalsozialisten wieder zu Zusammenstößen geführt. Nachdem bereits in der Silvesternacht uniformierte Nationalsozialisten Ueberfälle auf Kommunisten ausgeführt hatten, kam es Freitagabend im Anschluß an eine kommunistische Zusammenkunft zu einer ersten Schlägerei zwischen Kommunisten und Nazis, in deren Verlauf scharf geschossen wurde. Ein völlig unbeteiligter junger Parteigenosse erhielt dabei einen Bedenkfuß. Die polizeilichen Ermittlungen darüber, von welcher Seite geschossen wurde, sind noch nicht abgeschlossen.

Später überfielen die Nationalsozialisten einen Sportler, der vorübergehende Parteifreunde mit dem Ruf „Freiheit“ begrüßt hatte. Sonntag-nachmittag zog ein Trupp von etwa 20 uniformierten SA-Leuten unter Mitführung von einigen Atropen leichter Maschinengewehre nach dem kommunistischen Verteilungsort, wo sie sich gewalttätig Einisch verhielten.

Pantgrafen müssen büßen

Gefängnis für die Cliquenleute

Das Landgericht I verurteilte die 3 Mitglieder des Wandervereins „Pantgrafen“ (übrigens nicht zu verwechseln mit der bekannten trinkfrohen Pantgrafenhaft), die am 18. März dieses Jahres über den feindlichen Wan-

Zwei Lebensende und ein Bitterkeit Roman von Sigurd Christiansen

Nach einer kurzen Pause sagte er „Ich bin kein Querulant, möchte auch ungern einer werden. Ich habe oft gewünscht, Lüderfen wäre von uns beiden der ältere gewesen. Wie manche Demütigung wäre mir da erspart.“

Aber Rognos antwortete: „Das ist scheinbar richtig. Wer weiß aber, ob dann Ihre Bitterkeit nicht nach innen geschlagen wäre. Gerade die Demütigungen haben ihr vielleicht Luft verschafft.“

„Das verstehe ich nicht!“ Dies wurde mit einer Erregung gesagt, die Rognos unsicher machte.

„Ich kann mich ja irren. — Ich meinte nur, daß es vielleicht schwerer war, mit einer geheimen Wunde umherzugehen als mit einer offenkundigen. Da sich in einer verborgenen Wunde leicht Eiter bildet.“

Berger wurde stuhlig und dachte eine Weile über das Gesagte nach.

„Ich glaube, Sie haben recht“, gab er endlich zu. „So ist es wohl.“

Dann richtete er sich auf und sah etwas verlegen zu Rognos hinüber. „Mir ist schon besser“, sagte er. „Ich denke, ich gehe jetzt heim. Meine Frau hat es natürlich auch in der Zeitung gelesen. Ich möchte das am liebsten erst überstanden haben.“

Da fragte Rognos in leichter Verlegenheit über die eigene Frage: „Wie hat sie es eigentlich getragen?“

Berger suchte die Achseln. „Etwas schwerer als ich“, antwortete er so obenhin.

Rognos stuzte. „Schwerer?“

„Ja.“

„Aber warum denn? Ich begreife das nicht.“

Berger sah ihn flüchtig an. „Weil sie nie vor einem Revolver gestanden hat“, sagte er. „Weil sie nie auch nur eine einzige Sekunde hat entscheiden müssen, ob sie leben wollte oder sterben.“

Er wurde sehr rot und sehr verlegen in dem Moment, als es heraus war. Und seine Verwirrung übertrug sich auf den Fragenden. Da war plötzlich ein Bekenntnis, mit dem keiner der beiden gerechnet hatte, und das brannte in ihnen beiden.

Die Unruhe trieb Berger nach Hause. Dadurch kamen sie etwas eilig auseinander, so als ob ihr Zusammensein durchschnitten wäre. Auch gingen sie nicht gemeinsam fort. Rognos blieb noch zurück.

Auf dem Weg wurde Berger heimgeführt von einer Art Bauernscham, weil er seine Empörung über die Herabsetzung so deutlich zur Schau getragen hatte. Die Angst vor dem Heimkommen wurde dadurch zwar ein bißchen aufgehoben. Trotzdem aber fühlte er Verrger und Reue.

Hoffentlich denkt er nicht, daß Reid dabei ist, dachte er. Ich bin nicht neidisch. Ich gönne Lüderfen im Gegenteil allen möglichen Erfolg. Nur nicht auf meine Kosten. Ihm weniger als jedem andern. Denn er ist schuld daran, daß alles so gekommen ist. Wären Quisthus und ich an dem Abend allein gewesen, hätte niemand mir vorgeworfen, daß ich am Leben geblieben bin.

Und wieder lachte die ganze alte Bitterkeit gegen Lüderfen in ihm auf.

Und weswegen hatte er sich eigentlich so zu brüsten? Ein Zufall hat doch alles entschieden. Wäre ich an jenem Abend auf seinem Platz überrumpelt worden und er hätte auf meinem gelesenen und Bedenzeit gehabt, dann hätten wir eben die Rollen getauscht. — Das heißt, wenn er zum Denken nicht zu faul gewesen wäre und sich nicht wie ein Ochse hätte niederzuschlagen lassen.

Und wie so oft, überkam ihn die heiße Sehnsucht nach einer Abrechnung.

Wenn ich nur wüßte, wie sie vor sich gehen sollte. Ich weiß bloß das eine, früher oder später muß ich ihn stellen. So wie jetzt kann es nicht ein ganzes Leben lang bleiben. Das ist einfach nicht auszuhalten. Ein Trost nur, daß Rognos auf meiner Seite steht. Da bin ich doch nicht ganz allein. Welch glücklicher Zufall, daß ich ihn damals traf. Hoffentlich habe ich ihn heute abend nicht vor den Kopf gestoßen. War er nicht etwas kühl? Er sah beinahe aus, als wünschte er, ich hätte unrecht.

Und das mit Helene, dachte er weiter und fühlte sich bei dem Gedanken etwas unbehaglich, das hätte ich eigentlich nicht erwähnen dürfen. Es ist ja doch auch längst viel besser geworden mit ihr. Ich hätte das hinzufügen müssen — ach, aber mir graut davor, wie sie das heute aufnehmen wird — was wird sie sagen? — Wenn ich früher nach Hause

komme als erwartet, weiß sie gleich, daß ich es gelesen habe, falls es ihr selber schon bekannt ist. Und das hoffe ich. Das erspart mir die unangenehme Aufgabe, es zu erzählen.

Als er sich der Straße, in der sie wohnten, näherte, wuchs seine Unruhe und Spannung. Er fühlte sich bekümmert und schuldbehaftet und mit einer Art Galgenhumor stellte er fest: Es ist beinahe wieder wie damals. Als hätten sie mir nochmal die Kasse gestohlen.

Diese Auffassung machte etwas in ihm frei und er fühlte sich mutiger. Nun hatte er doch eine Art Antwort bei der Hand, mit der er

sie, falls sie wieder in die alte Unvernunft verfiel, zum Schweigen bringen konnte. Einmal hatte man ihn geplündert und er hatte keine Strafe dafür bekommen, mehr hatte er nicht zugute.

Nur wünschte er, daß der Junge schon im Bett wäre. Damit wenigstens in dem etwas gottlob Vergessenes nicht wieder aufgefrischt würde.

Als er aber nach Hause kam, machte ihm gerade der Junge die Tür auf. Er lachte ihm wie immer kameradschaftlich zu. Also noch hatte sie es ihm nicht erzählt. Er selber fing sofort an zu schwagen, vielleicht etwas fieberhaft, aber doch so, daß sie im eifrigen Gespräch in die Stube kamen. Sie plauderten weiter, auch nachdem er Helene freundlich zugewandt hatte.

Sie sah ihn groß und erstaunt an, nähte aber weiter an ihrer Handarbeit.

Da wurde er plötzlich nervös. In einer jähen Angst wurde es ihm klar, daß sie sich zurückzog von ihm und keinen Angelegenheiten. Das durfte nicht sein, und er rieb sich die Finger und sagte direkt zu ihr gewandt: „Hu, ist das aber kalt heute draußen.“

Da sah sie auf. „Du kommst ja so früh?“ Er lächelte unsicher — er fand selbst, daß

es ein trüchliches Lächeln war. „Wie?“, fragte er, „freust du dich nicht darüber?“

Wieder sah sie erstaunt auf und wußte gottlob nicht, wie ihm zumute war. Dann wiederholte sie aber wie absichtlich, was er vom Wetter gesagt hatte.

„Draußen?“ sagte sie. Und nach kurzem Zögern: „Ich dachte, dir wäre heute abwechselnd heiß und kalt.“

Da sah er sie kaltblütig an, wie um sie schweigen zu machen. „Wie? Meines Wissens brauche ich kein schlechtes Gewissen zu haben.“

Sie wurde ein wenig bleich und zog die Brauen in die Höhe. „Nicht? Ra ja, dann ist ja alles gut.“

Der Junge sah verwundert von einem zum anderen. „Was ist denn nur los?“

Keiner antwortete, aber alle beide sahen aus, als ob doch etwas los wäre.

„Was ist denn, Bati? Sag's doch.“ In der Stimme des Kindes klang eine Angst, die Berger das Herz zusammenpreßte. Aber er schüttelte den Kopf. „Nichts, mein Junge. Nichts für dich — wenigstens noch nicht. Geh lieber zu Bett, es ist noch zehn.“ Und er strich dem Jungen über das Haar und bog ihm den Kopf nach hinten, ehe er ihn von sich ließ. „Schularbeiten fertig?“ (Fortf. folgt.)

Johann, der Handwerker

Geschichte aus Schlesien / Von Albert Klaus

Er hatte das letzte Haus auf der Straße, von seiner Werkstatt aus sah man den Wald, Gärten und den kleinen Friedhof.

Vier Jahrzehnte hatte er hier nun gewirkt, mit frohem Schaffensdrang hatte er einmal angefangen. Jeder kannte ihn auf der Straße als einen rechtschaffenen Mann; in der Stadt war er bekannt und überall hatte er Arbeit gehabt. Einen Gesellen hatte er sich halten können. So war es die ganzen Jahre gewesen.

Das kleine Häuschen war schuldentfrei. Als Johann es nach dem Tode seines Vaters übernommen hatte, war noch kein Baden darin gewesen. Erst später hatte Johann das ausbauen lassen.

Er heiratete spät mit dreißig. Mit seiner Frau verstand er sich gut; sie schenkte ihm ein Kind, und sie sind beide glücklich gewesen. Und Arbeit gab es, Arbeit! Jede Minute die er für sie erübrigen konnte, war kostbar.

Aber dann war die Frau gestorben und ließ ihn mit dem Kinde allein. Hierüber hatte ihm die Arbeit weggeholfen.

Er heiratete ein zweites Mal, des Kindes wegen. Die große Liebe war es nicht, dazu hatte er die Mutter seines Kindes zu gern gehabt, immerhin, sie vertrugen sich und lebten sich ineinander. Er lebte für sie und für das Kind, und wenn er ihnen etwas schenken konnte, war das seine größte Freude.

Er sparte fleißig. Jahr für Jahr mehrte die Summe sich um ein Beträchtliches. Wenn er einmal alt war, wollte er einen ruhigen Lebensabend haben. Seine Arbeit macht ihm Freude. Da traf ihn der zweite Schicksalsschlag. Das Kind, ein Mädchen, starb mit 14 Jahren.

Auch das ertrug Johann. Darüber waren Jahre vergangen. Er lebte weiter in Frieden mit Marie, seiner Frau. Sonntags machten sie ihre Ausflüge und Weihnachtsbäumen sie sich einen Tannenbaum. Er arbeitete und sparte und die Zeit verging.

Sie bewohnten das kleine Häuschen allein. Marie war ein lustiges Weib, und wenn er unten in seiner Werkstatt klopfte, sang sie ihm ihre Lieder.

Dann kam der Krieg.

Johann hatte etwas mit dem Herzen, sie konnten ihn nicht gleich gebrauchen, dann war er ja auch schon gleich fünfzig. Aber zuletzt nahmen sie ihn auch noch, zum Ausbilden. Er ist unteroffizier gewesen.

Johann war schon wieder zu Hause, ehe der Krieg aus war, er hielt es mit seinem Herzen nicht aus.

Es gab viel zu tun, ganze Reihen Töpfe standen da zum Böten. Er mußte noch einen zweiten Gesellen einstellen. Dazu hatte er noch einen Lehrling, das Geschäft ging.

Als der Krieg vorbei war und in den nächsten Jahren darauf merkte Johann, daß er langsam alt wurde, Marie aber war noch lüppig und schön, sie brannte sich täglich Böckchen an den Schläfen. Für wen eigentlich, Johann?

Ah, Johann hat andere Sorgen. Sein Geld hatte er in der Inflation verloren; das Ersparte von vielen Jahren war hin, grau sah die Zukunft aus. Die Arbeit nahm mehr und mehr ab; die Gesellen mußten entlassen werden.

Und wieder verstrichen ein paar Jahre. Und immer mehr wuchsen die Sorgen an. Die Steuern stiegen, die Arbeit nahm ab.

Und eines Tages stand Johann ohne Arbeit da. Ein kurzes verzweifeltes Durchhalten noch, ein paar Monate, dann war es mit der Arbeit ganz aus.

Marie verkaufte den Tag im Baden ein, zwei Zylinder und etwas Scherwenzel, selten nur noch einen Topf. Aber sie machte sich keine Sorgen. Sie sang noch wie früher und sah noch heute aus

wie vor zehn Jahren. Johann aber zergrübelte sich den Kopf, wie das werden sollte, litt viel an Kopfschmerzen, oft Lage hintereinander, und kam mit den Nerven immer mehr herunter.

Eines Tages vermietete Marie ein Zimmer. Ein Herr in den mittleren Jahren zog ein. Reissender mit Bäckern und Bergleuten. Kümmernte sich einen Dreck um die alltägliche Not des Lebens, nahm es wie es gerade kam, hatte ein hübsches Gesicht und Augen für Marie.

Da er möbliert wohnte, machte Marie ihm immer das Zimmer zurecht, scherzte mit ihm und hielt sich oft lange bei ihm auf.

In der nächsten Zeit sang sie noch mehr und brannte sich noch mehr ihre Böckchen.

Und eines Tages geschah es, daß der Fremde sie küßte. Hinterher entschuldigte er sich, worauf sie meinte, das wäre nicht weiter schlimm, ihr Mann käme ihr schon lange nicht mehr nahe. Darauf lachte der Fremde und klopfte ihr auf die Schulter und sie tat desgleichen.

Unterdessen stand Johann einsam in seiner Werkstatt mit schwerem Kopf und schweren Sinnen. Er wurde jetzt von Tag zu Tag älter. Trauflos dunkel lag das Alter vor ihm. Was dann, wenn er nicht mehr arbeiten konnte! Er war jetzt in dem Alter, in dem sich zur Ruhe zu setzen er geträumt hatte. Statt dessen mußte er sich alles allein machen. Wenn er nur noch Ar-

Ein Dutzend Lieder

Ein Arbeiterdichter erobert das Kind

Bruno Schönants Kindergedichte sind untergessen. Sie gehören zu den besten dieser Art. Die Welt des Kindes spricht aus ihnen. Die Welt des Kindes, wie sie sich in einem Dichter offenbart. Ihre Wirkung ist total, d. h. sie sind Dichtungen schlechthin, jenseits des Zweckes.

Seit dem Erscheinen dieser Gedichte ist viel untergegangen. Es ist natürlich, wenn gerade die Kunst in die allgemeine Krise von Weltanschauung und Wissenschaft mit einbezogen wurde. Drama und reine Dichtung stagnieren. Die erste Kunstkritik zweifelt daran, ob produktive Komposition auf den bisher beschrittenen Bahnen weiter möglich ist. Die bildende Kunst hat sich in einen Stil sogenannter neuer Sachlichkeit gerettet, ohne neuen Impulsen getrieben zu werden. Hinzu kommen Reaktion und Wirtschaftskrise, die die Freiheit und die materielle Existenz des Künstlers als solchen fast unmöglich machen.

In dieser Situation entstand eine neue Gattung Zweidichtung, bei der Zweck nicht mehr der gelegentliche Anlaß, sondern der Wille des Autors ist, einen selbstgewählten Kreis des Publikums in seinem Sinne zu beeinflussen. In einigen Kinderoperen, in Schul- und Hausmusiken, in latenten bildender Künstler laßt diese Zweidichtung ihren schönsten Ausdruck. Sie erwies sich nicht nur als lebensfähig, sondern auch als lebensbildend und kulturbildend und damit als Kunst im eingangs angedeuteten Sinne.

Aus dieser Ebene kommen Rag Barthels „Zwölf Kinderlieder, die loben unter dem Titel „Sonne, Mond und Sterne“ im Stein-Klopferverlag (Berlin) erschienen sind. Sie sind nicht nur aus der Welt des Kindes, sondern auch aus dem Willen heraus geschrieben, dem Kinde eine Handvoll Lieder zu geben, die es mit Freude spricht und singt. Hier liegt wohl der Wesensunterschied zu den Kindergedichten von Bruno Schönants.

Was Barthels Kinderlieder aus dem Rahmen der Dugendweise in das Bereich der wahren Poesie hinaufführt, ist die Selbstverständlichkeit, mit

der die Welt des Kindes übernommen und in diese kindliche Welt ein dichterisches, aber auch pädagogisch wertvolles Weltbild gegossen wird, das die kindliche Seele weiterbildet, ohne ihr Weltbild zu stören.

Wenn der Weg in Nacht vergeht, schläft die liebe Erde, doch der frühe Morgen steht auf mit Lichtgebärde.

Dieses Bild nimmt gefangen, weil es das, was Tradition wurde, neu gestaltet. Über Barthel bleibt in den zwölf Kinderliedern keineswegs bescheidener Wanderer in den Bezirken der Tradition. Da ist Nummer zwei gleich ein Lintennied, das ganz ins Heute vorstößt:

Die Tinte ist ein schwarzes Meer von ungeheurer Tiefe, wir schreiben hin, wir schreiben her, das Tintenmeer wird niemals leer...

Welcher unserer keinen Strichsäge ginge da nicht begeistert mit! Und — ja, da haben wir die Synthese von Kindlichkeit und bildnerischem Geist, wenn dann aus diesem schwarzen Tintenmeer Gedanken aufblühen wie:

Die Feder malt die Geisterspur der menschlichen Gedanken. Zehn Worte aus der Feder nur, und vor uns leuchtet die Natur. Die Welt ist groß, die Welt ist klein, das liegt in unsern Händen...

Ob nun Rag Barthel die Wunderkraft des Wortes der kindlichen Betrachtung anheim gibt, ob er uns beim Bäcker in eine Betrachtung über das Brot verwickelt, ob er von Sonne, Wind, Mond, Ziegelsteinen oder Zeppelein spricht, immer predigt mit der Junge der Einfachheit und ein bescheidener Lebenswille, der in dieser Zeit, da der Würgeengel der Not gerade nach unseren Kindern greift, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Lepera.

Finanzwirtschaft in Fesseln

Abbau der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden auf den Stand von 1925/26

Je mehr die wachsende Krisennot die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewies, desto lauter wurde das Ablenkungsgelächter seiner Sachwalter über die angebliche Verschwendung der öffentlichen Wirtschaft. Die hohen Steuern und die hohen öffentlichen Ausgaben sollen die Wurzel allen Übels sein. Eine

Untersuchung des Statistischen Reichsamts

über die Ausgaben und Einnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden (zweites Dezemberteil von „Wirtschaft und Statistik“) ist geeignet, dem allzu demagogischen Geschwätz die Spitze abzubrechen.

Der Finanzbedarf der gesamten öffentlichen Verwaltung (Reich, Länder und Gemeinden) liegt von 14,5 Milliarden Mark im Jahre 1925/26 auf 20,9 Milliarden Mark im Jahre 1929/30 und ging bis zum Jahre 1931/32 auf 17,0 Milliarden Mark zurück.

Der Rückgang um 3,8 Milliarden Mark oder um 18 Proz. könnte erträglich erscheinen, wenn er auf allen Gebieten gleichmäßig erfolgt wäre. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Vor allem erforderte die Unterbringung der Arbeitslosen im Jahre 1931/32 den Betrag von 1,2 Milliarden Mark mehr als im Jahre 1929/30, das ist eine Steigerung um 88 Proz. Allerdings steht dem ein Rückgang der Reparationslasten um 1,4 Milliarden gegenüber.

Die öffentliche Bautätigkeit war auf ein Drittel zurückgegangen, da die Grunderwerbsteuer immer mehr für den Finanzbedarf statt für den Wohnungsbau Verwendung fand.

Die Ausgaben für das Bildungswesen sind um 22 Proz. herabgesetzt worden. Die Kürzung der Gehälter um 19 bis 23 Proz., von der die Polizei, Reichswehr und Reichsmarine teilweise verschont blieben, wirkt sich erst voll im laufenden Rechnungsjahr 1932/33 aus.

Vom gesamten Zuschußbedarf — das ist der Teil des Finanzbedarfs, der durch Steuern und Uberschüsse des Erwerbsermögens zu decken ist — entfielen im Jahre 1931/32 schon 21 Proz. auf die Arbeitslosenfürsorge, ein Prozentfuß, der sich inzwischen wesentlich erhöht hat.

Trotz aller Drohhelungen, trotz neuer Steuern und die Einnahmen des Jahres 1931/32 hinter den Ausgaben um 600 Mill. Mark zurückgeblieben. Die weitere Untersuchung nach einzelnen Gebietskörperschaften zeigt, daß

das Reich das Jahr 1931/32 günstiger als die Gemeinden

überstanden hat. Gegenüber 1929/30 sind vor allem die Reparationslasten um 1,4 Milliarden gesunken. Die Arbeitslosenfürsorge erfordert einen Mehraufwand von 525 Mill. Mark. Der Abbau auf allen anderen Gebieten mit 550 Mill. Mark macht nur 10 Proz. aus.

Tatsächlich waren die Einsparungen erheblich höher; sie wurden aber zum Teil ausgeglichen durch die Aufwendungen für die Dohilfe, für Stützung des landwirtschaftlichen Marktes und für Sanierung der gewerblichen Genossenschaften.

Die Bankenfinanzierung erforderte schon 1931/32 etwa 115 Mill., ein Betrag, der den Uberschüssen des Erwerbsermögens entnommen wurde. Einmalige Einnahmen aus der Münzprägung waren in Höhe von 285 Mill. Mark zu verzeichnen. Infolge der hohen Steuerausfälle ergab das Jahr 1931/32 ein Defizit von 183 Mill. Mark, das sind 2,8 Proz. der Gesamtausgaben.

Schwere Vorbereitungen kommender Jahre.

Von besonderer Wichtigkeit ist aber folgendes: In die eben angegebene Rechnung sind die Verpflichtungen des Reiches aus der Bankenfinanzierung und aus anderen Bürgschaften oder Subventionen nur dann eingerechnet, wenn sie 1931/32 fällig wurden. In der Hauptsache sind aber diese Allianzen mit Schatzanweisungen finanziert worden, die in den Jahren 1933 bis 1938 fällig werden. Als weitere Vorbereitungen der kommenden Etatsjahre sind dann Papens Steuergutscheine dazugekommen.

Herr von Schwerin-Krausig hat kürzlich selbst gesagt, daß die Vorbereitungen an eine Milliarde Mark jährlich heranreicht. Eine Milliarde bei etwa 6 Milliarden Gesamtausgaben des Reiches, das ist eine Vorbereitungen von einem Sechstel des Gesamtetats.

Das ist unverantwortliche Finanzpolitik, die ihren Grund allein in der „prioritätswirtschaftlichen Einstellung“ der Verantwortlichen hat.

Für die Entwicklung der Länderfinanzen war bestimmend, daß sie von der Zunahme der Lasten aus Arbeitslosenunterstützung ziemlich verschont blieben. Das Defizit aller Länder wuchs für 1931/32 auf 100 Millionen Mark oder 2,6 Proz. aller Ausgaben geschätzt.

Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände standen und stehen im Zeichen der Wohlhoheitssorgen.

Im Jahre 1931/32 hatten die Gemeinden für Arbeitslosenunterstützung 1650 Mill. Mark aufzuwenden, das sind 500 Mill. Mark mehr als 1929/30, obwohl das Reich einen Zuschuß von 225 Mill. Mark leistete. Dazu kam der katastrophale Rückgang der Reichsteuereinzahlungen um 370 Mill. Mark oder 36 Proz.

Trotz neuer Steuern (Bürgersteuer, Getränkesteuer) sind auch die eigenen Steuereinnahmen gesunken. Die Folge war, daß

die Ausgaben für das Wohnungswesen im Jahre 1931/32 um 390 Mill. Mark oder 82 Proz., die für das Bildungswesen um 340 Mill. Mark oder 29 Proz. niedriger waren als 1929/30. Das Gesamtdefizit der Gemeinden betrug 300 Mill. Mark oder 4,2 Proz. der Gesamtausgaben.

Die Schätzung der Einnahmen und Ausgaben von

Reich, Ländern und Gemeinden im laufenden Jahre 1932/33

zeigt einen weiteren Rückgang des Finanzbedarfs auf 14,75 Milliarden Mark, fast auf Stand des Jahres 1925/26. Von dem Rückgang sind 350 Mill. Mark auf die Einstellung der Reparationszahlungen zu rechnen, so daß der Rest von fast zwei Milliarden Mark echte Ausgabenbeschränkung darstellt.

Im Jahre 1932/33 mirkt sich der Gehaltsabbau voll aus und bringt eine Entlastung um 500 Mill. Mark; der Abbau der Kriegsverjüngungsrenten macht 100 Mill. Mark aus. Die Drohhelung aller anderen Ausgaben wird auf eine Milliarde Mark geschätzt.

Das bedeutet, daß die gesamte öffentliche Verwaltung in diesem Jahre die Bautätigkeit so gut wie vollständig eingestellt hat; zur Förderung des Wohnungsbaus werden keine Mittel mehr aufgewandt. Die Lasten für Arbeitslosenunterstützung werden rechnerisch etwas niedriger sein, da ein Teil der an sich höheren Ausgaben auf die Reichsanstalt übertragen wurde.

Gleichwohl werden die Einnahmen des laufenden Jahres nicht ausreichen, die Ausgaben zu decken. Die gesamten Einnahmen aus Steuern und Zöllen werden um zwei Milliarden Mark niedriger sein als im Vorjahre, obwohl die Erhöhung der Umsatzsteuer Mehreinnahmen von 400 Mill. Mark bringen wird. Die einmaligen

Gewinne aus der Silbermünzenprägung werden minimal sein.

Das Gesamtdefizit der öffentlichen Verwaltung wird für das Jahr 1932/33 auf mindestens eine Milliarde Mark veranschlagt, wird also fast doppelt so hoch sein wie das des Jahres 1931/32.

Wie bei solcher Sachlage ein „autoritärer“ Finanzminister den Mut findet, die Liebesgabenpolitik gegenüber einzelnen Interessentengruppen (Hausbesitzer, inländische Treibstoffherzeuger usw.) fortzusetzen und auch für öffentliche Aufträge noch Einstellungsprämien zu verschicken, das ist unbegreiflich.

Und nun noch einige Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Volkseinkommen und öffentlichen Aufwand, wie es die folgende Tabelle darstellt.

Volkseinkommen und öffentlicher Aufwand:	1925/26	1929/30	1931/32	1932/33
1. Volkseinkommen	60,9	70,1	57,1	48-50
2. Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung	14,5	20,9	17,0	14,8
Verhältnis 2 zu 1 in Prozent:	24	28	30	über 30

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Volkseinkommen ist danach von 24 auf 30 Prozent gestiegen. Warum? Doch nur, weil die Krise des kapitalistischen Systems der öffentlichen Verwaltung dauernd wachsende Lasten für Arbeitslosenfürsorge aufpackte, und weil „die Wirtschaft“ einen immer größeren Teil der öffentlichen Ausgaben beansprucht in Form von Stütungen (Banken, Schifffahrt, gewerbliche Genossenschaften), Subventionen (Dohilfe, Bergbau), Bürgschaften usw.

Vor allem muß festgehalten werden: das Volkseinkommen ist von 1929 bis 1932 um mehr als 20 Milliarden Mark gesunken, das ist weit mehr, als der ganze Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden auf dem Höchststande (20,9 Milliarden Mark) ausmachte! Damit ist das Geschwätz jener Leute gerichtet, die Dumme suchen mit der Behauptung, der öffentliche Aufwand sei für die Krise verantwortlich.

Immer wieder Benzinskandal

Die Forderungen des Benzolverbandes

Wir hatten bereits mitgeteilt, daß es zwischen dem Benzolverband und dem Reichsverband der Automobilindustrie in der Zollfrage zu einem schweren Krach gekommen ist. Eine neue Stellungnahme der Autoindustrie gibt Veranlassung, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Der Direktor des Benzolverbandes, Herr Dr. Rupertl, hatte einen Aufsatz veröffentlicht, der mangels sachlicher Argumente von — milde gesagt — Unerschämtheit strotzt. Einmal wird gesagt, daß das Reich auf keinerlei Einnahmen verzichten kann; dann wird erklärt, die Belastung des Kraftverkehrs müsse auf breitere Schultern umgelegt werden. Schließlich wird die Interessenforderung nach Aufhebung der lächerlich niedrigen Ausgleichsteuer als „ein Entgegenkommen der einheimischen Erzeuger“ hingestellt!

Das ist wohl der Gipfel. Die einheimischen Erzeuger zahlen eine Ausgleichsabgabe von 3,80 Mark je Doppelzentner, der Benzinzoll aber beträgt 17 Mark. Die Benzolherzeuger, der Ruhrbergbau, stecken die Differenz von 28 Millionen Mark in die Tasche. Tatsächlich sind die Sondergewinne noch größer, da Benzol vor dem Kriege etwa 16, heute aber 44 Mark je Doppelzentner kostete. Jetzt verlangen die Interessenten nach dem völligen Erlaß der Ausgleichsabgabe, das sind jährlich etwa 8,5 Millionen Mark. Um den Benzinzoll allgemein um drei Fünftel zu bitten, setzen sie können, soll der Benzinzoll von 17 auf 14 Mark herabgesetzt

werden. Das bedeutet einen weiteren Ausfall von vielleicht 30 Millionen Mark jährlich.

Aber die Benzolherzeuger haben auch Vorschläge zum Ausgleich der Ausfälle. Es magt sich ja immer gut, wenn man sich wie Herr Dr. Rupertl von „Reichstagsparteien, die um die Raffengunst buhlen“, distanzieren. Also wird die Verdoppelung des Zolles für Gasöl, des Treibstoffs für Dieselmotoren, gefordert. Eine überschlägige Rechnung zeigt zunächst, daß die Ausfälle so vielleicht zu einem Drittel ausgeglichen werden können.

Die Autoindustrie weist darauf hin, daß die Verbraucherfreundlichkeit des Benzolverbandes einen sehr realen und gar nicht ungelieblichen Hintergrund hat: die Einfuhr von Gasöl soll gestoppt werden, um an dessen Stelle das Steinkohlenteeröl zu setzen, das heute zu niedrigeren Preisen als Gasöl abgesetzt wird.

Die Autoindustrie stellt weiter fest, daß der Benzolverband die Preisstreiberien des Treibstoffartikels stets mitgemacht hat. An die Verbraucherfreundlichkeit des Benzolverbandes könne man „auch dann nicht glauben, wenn sie mit etwas mehr Diplomatie und etwas weniger Eitel (!) vorgebracht wird“.

Dieser Charakteristik haben wir nichts hinzuzufügen. Wir hätten nur gemüht, die Autoindustrie wäre zu dieser Erkenntnis schon eher, als der Benzolverband noch Mitglied des Reichsverbandes der Autoindustrie war, gekommen.

Nord-Süd-Bahn 1931

Geringer Ueberschuß — keine Abschreibungen

Die Berliner Nord-Südbahn-A. G. ist bekanntlich als Ganzes auf die BVB übergegangen. Ihre Auflösung ist von der letzten Generalversammlung beschlossen worden, aber vorläufig wird sie als Bau- und Grundstücks-Gesellschaft der BVB fortgeführt. Da bei der heutigen Marktlage Grundstücke kaum zu verkaufen sind und die Aufnahme langfristiger Anleihen durch die Stadt Berlin zur finanziellen Konsolidierung der BVB vorläufig unmöglich ist, dürfte über der Durchführung der Auflösung noch einige Zeit vergehen.

Für das Geschäftsjahr 1931 weist die Nord-Südbahn einen kleinen Reingewinn von 0,07 Millionen Mark aus, der einer besonderen Rücklage zugeführt wird (0,33 Millionen Mark). Abschreibungen waren auch in diesem Jahre nicht möglich. Die Bauten auf den Linien Seimbunnen-Rudow und Alexanderplatz-Friedrichsfelde wurden fertiggestellt, so daß sich das

Baukonto um 32,3 auf 136,4 Millionen Mark erhöhte. Der Stadt Berlin wurden Streckenabrechnungen über 110 Millionen Mark eingereicht, aber die Finanzlage der Stadt erlaubte nicht, die Gesellschaft dafür zu entlasten. Der Postposten „Gelder der Stadt Berlin“ hat sich von 216,5 auf 183,3 Millionen Mark ermäßigt, aber eigene Akzente haben sich um 55,6 Millionen Mark erhöht.

Fast der ganze Betrag dieser Verpflichtungen, die aus Schnellbahnbauten im Interesse der Stadt resultieren, ist kurzfristig. Wann endlich wird die Umschuldung der kurzfristigen Kommunalkredite in langfristige erfolgen, deren Durchführung das Reich schon vor anderthalb Jahren versprochen hat?

Steigende Preise in Südafrika

Die große Beunruhigung seit dem Verlassen des Goldstandards in Südafrika scheint sich zu legen. Eine der Handelsbanken in Johannesburg erhielt von der Zentrale in Pretoria Mitteilung, Beschränkungen von Devisentransaktionen aufzuheben, soweit es sich um

Gelder handelt, die das Land verlassen, jedoch bei den aus dem Ausland einlaufenden Kapitalien eine Begrenzung auf 500 Pfund je Tag und Kunde einzuhalten.

Dies wird als entscheidendes Anzeichen dafür angesehen, daß die Kapitalflucht aufgehört und große Summen aus Übersee zurückgebracht werden.

Im übrigen steigen in Südafrika die Preise. Die Gewerkschaften beobachten die Lage genau, soweit sie die Kaufkraft der Löhne in Mitleidenschaft zieht. In Arbeiterkreisen wird die Steigerung der Preise lebensnotwendiger Waren bereits auf 12 1/2 Proz. geschätzt. Die Gewerkschaften treten in der kommenden Woche zusammen, um die Lage zu erörtern.

Der Margarinekrieg

Die Technik der Butterbeimischung

Aus einer Denkschrift der Margarineindustrie zum Butterbeimischungszwang sind Ausführungen über die Technik der Beimischung von besonderem Interesse.

Eine Möglichkeit der Beimischung ist die direkte Vernebelung fertiger Margarine mit Butter. Eine solche Beimischung von Butter ergibt jedoch eine verderbliche Milchform und bewirkt damit eine wesentliche Verschlechterung der Konsistenz der Margarine, d. h. schlechte Haltbarkeit des Produkts.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, Butter zu schmelzen und das so gewonnene Butter schmalz als Bestandteil der Fettsäuremischung zu verwenden. Wenn man Butter aber so schmilzt, erfahren Geruch und Geschmack eine wesentliche Veränderung. Der spezifische Geruch und Geschmack geschmolzener Butter schlagen außerdem in der Margarine sehr leicht in das Tranige — Fischige um, so daß man die Margarine nicht einwandfrei schmelzend in den Konsum bringen kann.

Das trifft schon für Butter feinsten Qualität zu. Verwendet man nicht erstklassige und ältere Butter, z. B. Küchhausbutter, was man gerade in Deutschland plant, dann müssen die Folgen noch schlimmer sein.

Weiter besteht die Möglichkeit, das Butterfett einem ähnlichen Raffinationsprozeß zu unterwerfen wie die pflanzlichen Fette und Öle. Mit einer solchen Methode verfährt man jedoch gegen die fundamentalsten Grundsätze der Lebensmittelgesetzgebung. Außerdem ergeben sich chemische Unterschiede, die selbst durch Konfektierungsmittel nicht auszugleichen sind.

Die Folge ist eine geringere Haltbarkeit der Mischung von Butter mit Margarine, gleichviel auf welchem Wege sie herzustellen wird.

Alle diese Tatsachen, so schlecht die Darstellung dieses Kapitels ab, gefährden die Ernährung schon in dem Maße, daß die idealsten geographischen Voraussetzungen für Butter- und Margarineproduktion gegeben sind. In Deutschland aber liegen diese geographischen Voraussetzungen äußerst ungünstig, nach der Darstellung der Margarineindustrie so ungünstig, daß „eine solche schwere Gefährdung eines bisher hygienisch einwandfreien Nahrungsmittels nicht zu verantworten ist.“

Der erste Bankabschluß

Die Cöpenicker Bank berichtet

Die Cöpenicker Bank, die größte gewerbliche Kreditgenossenschaft in Deutschland, ist auch diesmal mit ihrem am 3. Januar bereits unterzeichneten, jetzt der Öffentlichkeit übergebenen Geschäftsbericht für 1932 die am schnellsten berichtende größere Bank geblieben. Die Geschäftsjahre gingen unter dem Druck der Krise weiter zurück, aber die Geschäftsführung blieb solide. Das ist um so beachtlicher, als es unter den gewerblichen Kreditgenossenschaften sehr getrübt hat und die Cöpenicker Bank selbst noch Ende 1931 gelegentlich des Zusammenbruchs der sogenannten Fleischbank sehr zu Unrecht in abträgliche Gerüchte verstrickt wurde.

Nach dem Bericht haben seit dem Frühjahr 1932 die Abhebungen von Monat zu Monat nachgelassen; in den letzten Wochen des Jahres war wieder eine Zunahme der Spargelder zu verzeichnen. Das Kreditgeschäft, das von 7611 Mitgliedern in Anspruch genommen wurde (Gesamtmitgliederzahl am Jahresschluß 4389), hat sich nach dem Bericht als verhältnismäßig sicheres Geschäft erwiesen. Die Geschäftsguthaben betragen zum Jahreschluß 3,7 gegen 4,3 Millionen im Vorjahr, Spareinlagen 11,33 gegen 13,44 Millionen, Kontokorrenteinlagen 2,2 gegen 2,9 Millionen, Wechsel 17,4 gegen 21,8 Millionen.

Der Reingewinn beträgt 501.000 gegen 605.000 M. im Vorjahre. Aus dem Reingewinn werden 5 Proz. Dividende verteilt, außerdem werden 300.000 M. den Reserven zugeführt, die sich auf 2,3 Millionen erhöhen.

Belieres Stidstoffgeschäft in Lema. Beim Immanufakturwerk Raxelburg (Bismarckwerk) sind dieser Tage 200 Mann neu eingestellt worden. In den nächsten Tagen werden weitere 200 Mann folgen. Die Neueinstellungen sind auf die laienmäßige Belegung des Stidstoffwerkes zurückzuführen. Die Beschäftigung der neu eingestellten 400 Mann bis Mitte des Jahres ist höher, als darüber hinaus, steht noch nicht fest.

Wie die RGD. siegreiche Streiks führt

Schwindler und Aufschneider als Streikführer

Uns wird geschrieben: In Spandau werden an der Oberhael durch die Tiefbaufirma C. Rose Tiefbauarbeiten ausgeführt. Die dazu nötigen Arbeitskräfte erhält die Firma vom Bezirkswohlfahrtsamt Spandau zugewiesen. Die Firma zahlt den Tariflohn, gegenwärtig 72 Pf. für Ungelernte und 1,08 M. für Facharbeiter. Die Arbeitszeit beträgt 32 Stunden.

Da infolge der kurzen Arbeitszeit für die Ungelernten der Verdienst durchaus unzureichend, — für viele — nach Abzug der zwingenden Abgaben — nicht höher als die vorher bezogene Unterstützung ist, bemächtigte sich der Belegschaft eine begriffliche Unruhe.

Die RGD. witterte hier ein Feld zur Anturbelung der Weltrevolution. Durch Beauftragte wurden Vertrauensleute gewählt, die zur „einzigen revolutionären Partei“ schwören mußten. Die erste Vertrauensmännerung stieg. Der provisorische Obmann, ein syndikalistischer Industrieverbändler, wurde abgefagt und

ein mit keinerlei Sachkunde belasteter junger Mann der SPD.

rückte an seine Stelle. Am „Goldenen Sonntag“ stieg die zweite Sitzung, 20 Forderungen wurden aufgestellt. Der Vertreter der RGD. heizte tüchtig ein. Etwas konnte dessen Ungebuud gezügelt werden, zumal zum Streiken ja auch die Belegschaft gehört. Diese wurde am 20. Dezember zusammengetrommelt. Nach rühriger Arbeit stimmte sie den Forderungen fast einstimmig zu. Es hatte sich zwar so ziemlich

die Hälfte der Stimme enthalten, aber diese wurden nicht mitgezählt.

Anträge auf geheime Abstimmung fanden bei der Leitung keine Beachtung. Am folgenden Morgen trat die Belegschaft geschlossen in den

Streik. Am Mittag wollten zwar große Teile der Belegschaft die Arbeit schon wieder aufnehmen, aber abkommandierte Org., Agprop. und sonstige Leiter, die der Belegschaft alle als „Mitglieder des Erwerbslosen-Ausschusses“ vorgestellt wurden, redeten im Schweiße ihres Angesichts so lange von der hohen Aufgabe der Belegschaft, bis die Frist, die die Firma zur Wiederaufnahme der Arbeit gestellt hatte, verstrichen war.

In der Folge fanden täglich eine bis zwei Streikversammlungen statt. Es wurden unzählige Reden gehalten von allen möglichen Vertretern. Es wurden viele, viele Deputationen ernannt, die bei allen möglichen Behörden, Stempelstellen und Belegschaften vorsprechen sollten. Die Deputationen berichteten über „wohlwollende Haltung der Behörden“ und „begeisterte Aufnahmen“ auf Stempelstellen und bei Belegschaften.

Für die Streikenden schien ein paradiesisches Leben zu beginnen.

Das Wohlfahrtsamt, so hieß es, zahle die Unterstützung weiter. Jeder erhalte sofort 15 M. Vorschuß. Die Belegschaften und der Solidaritätsausschuß sammelten außerdem und die U.S.H. lockte. Sehr gehoben wurde die Stimmung, als ein Vertreter des Erwerbslosen-Ausschusses erklärte, daß die 18000 Erwerbslosen des Arbeitsamtes Spandau geschlossen hinter den Streikenden händen, daß der Stadtbaurat Döbers als Tiefbaudirektor ganz auf ihrer Seite stünde. Da er aber für die Lohnhöhe nicht zuständig sei, sondern das Landeswohlfahrtsamt, habe er sich sogar erboten, mit diesem Amt zu verhandeln. Am nächsten Tage berichtete die Deputation, daß Herr Stadtbaurat Döbers mit dem Landeswohlfahrtsamt verhandelt habe, dieses aber nicht zuständig sei, sondern der Präsident des Landeswohlfahrtsamtes. Er wolle auch mit diesem verhandeln.

Zwischendurch hatten sich aber Dinge ereignet, die den Streik sehr schnell überflüssig machten. Das Wohlfahrtsamt zahlte keinen Vorschuß.

Die Belegschaften anderer Betriebe und der „Solidaritätsausschuß“ verlegten;

auch über die Küche wurde geklagt. Der Unternehmer verlangte von der U.S.H. die Zuweisung von 170 Arbeitern, welchem Verlangen entsprochen wurde. Die Streikenden bekamen vom Wohlfahrtsamt ein Schreiben des Inhalts, daß die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung eingestellt werde, da Arbeit zum Tariflohn verweigert worden sei. Nun war kein Halten mehr. Sogar ein RGD.-Mitglied der Streikleitung nahm schleunigst die Arbeit auf. Es streikte nur noch die knappe Hälfte, darunter alle freigewerkschaftlich organisierten. Die sogenannte „Kampfleitung“ verlor völlig den Kopf. Der Reichsleiter der RGD. Friedrich erschien höchstselbst. Er forderte Weiterstreiken bis zum endgültigen Siege.

Nun war aber die Geduld der Streikenden am Ende.

Mit erfrischender Schärfe nahmen diese sich die RGD. und ihre Führer vor. Ihre ganze Unfähigkeit wurde ihnen lüdenlos vor Augen geführt mit der Gipfelbehauptung, daß nur Idioten oder Verbrecher angesichts dieser Situation zum Weiterkämpfen aufordern können. Mit hängenden Köpfen schlichen die RGD.-Führer von dannen und die Streikenden zum Unternehmer, um sich zur Arbeit anzubieten.

Interessant ist, daß mit den U.Sü-Arbeitern auch die „rote Fahne“ streikte. Erst am 30., als der geringe Rest der Streikenden beschloß, sich ebenfalls dem Unternehmer anzubieten, erschien ein „schwungvoller“ Artikel. Wieder ein „Sieg der RGD.“, wieder betrogene Opfer. Wie lange noch?

Auf Brachts Spuren

Der verpönte Trainingsanzug

Im Bereich der Heeresstandortverwaltung Berlin spielte sich vor einigen Tagen ein kaum glaublicher Vorfall ab. Eine jüngere Arbeiterin, die regelmäßig aus Ersparnisgründen mit dem Fahrrad zur Arbeit kommt, suchte sich vor den Unbilden der Witterung dadurch zu schützen, daß sie den Weg zu ihrer Arbeitsstelle im Trainingsanzug zurücklegte. Zur Anschaffung einer anderen warmen Winterbekleidung reichte ihr Verdienst von knapp 20 Mark wöchentlich nicht aus.

An dieser Bekleidung, in der man heute schon unzählige Arbeiterinnen in der Bahn, mit dem Fahrrad zur Fabrik fahren sieht, nahm ihr unmittelbarer Vorgesetzter, der Obersekretär T., Anstoß. Er verweigerte ihr den Zutritt zur Arbeitsstelle mit dem Hinweis, daß ihre Straßenkleidung „anständig“ sei.

Der Hinweis auf eine Verfügung, die das Erscheinen im Trainingsanzug verbietet, war hinwiegend, weil eine solche Verfügung überhaupt nicht

Sozialer Dienst und F.A.D.

Viel Lärm um Nichts

Die Organisationen der „Eisernen Front“ haben sich für die gemeinsamen Aufgaben, die sich aus der Hilfeleistung für die jüngeren Erwerbslosen und aus der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst ergeben, die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst geschaffen.

Die Betätigung des „Sozialen Dienstes“ ist entsprechend den verschiedenartigen Verhältnissen örtlich und bezüglich recht unterschiedlich. In vielen Fällen werden z. B. eigene Arbeitslager durchgeführt, aber ebenso oft kann man sich darauf beschränken, Angehörige unserer Organisationen in Arbeitslager öffentlicher Körperlichkeiten zu vermitteln. Aus dieser Tätigkeit ergeben sich ganz zwangsläufig Berührungspunkte mit anderen am F.A.D. beteiligten Organisationen; es gilt häufig, gemeinsame Interessen der jungen Erwerbslosen und der Verbände gegenüber den Arbeitsämtern und anderen Behörden zu vertreten.

Bevor sich die sozialistischen Organisationen am F.A.D. beteiligten, waren in einigen Landesarbeitsamtsbezirken sogenannte „Heimatwerke“ von solchen Kreisen gebildet worden, die sich durch die Arbeitslager den Aufbau einer der politischen und weltanschaulichen Gegenläufer überbrückender „Volksgemeinschaft“ versprachen.

Diese „Heimatwerke“ wollten die einzelnen Verbände bei der Durchführung des F.A.D. ausschalten und alle Lager unter ihrer eigenen Verantwortung führen. Daß es so nicht geht, hat inzwischen die Erfahrung gelehrt; Arbeitslager können nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn zum mindesten der Stamm der Dienstwilligen von einer gemeinschaftlichen Gedankenwelt getragen wird, also einer Bewegung an-

gehört. Es gibt zwar eine Verfügung des Reichswehrministeriums, wonach das Tragen jeglicher politischer Abzeichen und auch Uniformen für alle Beschäftigten im Bereiche des Reichswehrministeriums verboten ist. Diese Verfügung kannte der Herr Obersekretär offenbar nicht, als er kürzlich einen SA-Mann in voller Uniform ungehindert zu der gleichen Arbeitsstelle gewährte und ihn auch in diesem Anzug arbeiten ließ.

Die „anständig“ bekleidete Arbeiterin hat sich der unbedingten Anordnung gefügt, um dem Reichswehrministerium nicht Gelegenheit zu geben, sich in einem Arbeitsgerichtsverfahren vor aller Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Man könnte die stille Ueberempfindlichkeit des Herrn Obersekretärs noch verstehen, wenn sein höchster Vorgesetzter kein General, sondern Herr Bracht wäre, der sich mit seiner Zwickelmeisterlichkeit gemacht hat. Da der Reichswehrminister und Reichskanzler von Schleicher aber für die Volkserückführung ganz besonders stark eintritt, ist nicht anzunehmen, daß er diesen Uebergriff des Herrn Obersekretärs T. deckt, der übrigens nicht etwa in irgend einem Dünkelverein groß geworden, sondern ein 12 Jahre gedienter Reichswehrsoldat ist.

Zerfall der Berliner RGD.

Im „Angriff“ vom 5. Januar 1933 finden wir verstreut und kleingedruckt die Nachricht, daß die Betriebszellen-Fachgruppe der NSDAP für das Gasthausgewerbe aufgelöst wurde. Hinter dieser unheimbaren Meldung verbergen sich Tatsachen von erheblicherer Bedeutung. Es ist nämlich zur Zeit so, daß die ganze nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation in Berlin sich im Zustand der Auflösung befindet. Von einem hohen nationalsozialistischen Funktionär wird uns darüber mitgeteilt:

Obwohl sich die NSBD. in der zweiten Jahreshälfte 1932 zunächst recht günstig entwickelte, so es auch dort zum Jahresende zu umfangreichen Zerlegungserscheinungen. In einzelnen Betrieben hat die Austrittsbewegung aus der NSBD. einen derartigen Umfang angenommen, daß die Zellen nicht mehr aufrechterhalten werden konnten. Da fast drei Viertel aller NSBD.-Mitglieder nicht der Partei angehören und einer viel lockeren Disziplin unterstehen, hat sich die Enttäuschung über den Mißerfolg Hitlers bei den Regierungsverhandlungen, über die Tolerierung der Schleicher-Regierung und über den Straßer-Konflikt gerade bei den Betriebszellen verheerend ausgewirkt.

Bei den einzelnen Betrieben sind 40 bis 70 Proz. der parteinähig noch nicht erfassten Mitglieder der NSBD. in den letzten Wochen wieder abgesprungen. Das Zusammen schrumpfen der Bewegung hat nun der Leitung die Ermöglichung nahegelegt, auf selbständige Zellen in den einzelnen Betrieben zu verzichten und sich mit kleinen Betriebsstützpunkten zu begnügen. Die bisherigen Mitglieder sollen enger in den Partierahmen eingefügt werden.

Die erwähnte Notiz des „Angriffs“ bestätigt dies insofern, als sie mitteilt, daß die Zellen nunmehr den Kreisen der Partei unterstellt werden. Damit ist der Plan der Erhaltung der Betriebs-Arbeiterchaft für die NSDAP zunächst gescheitert. Was bleibt, sind einzelne Arbeiter-Mitglieder, die im Rahmen der allgemeinen politischen Organisationen der Partei arbeiten

„Bauernhilfe“

Gefährliche Phantastereien

Die „Bauernhilfe“, die der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede angekündigt hat, soll nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse im wesentlichen folgendermaßen aussehen: Den Bauern, die sich keine fremden Arbeitskräfte gegen Entgelt halten können, will man jugendliche erwerbslose Arbeitskräfte aus der Industrie zur Verfügung stellen. Sie sollen vom Bauer Kost und Logis und daneben aus Mitteln des Reichs pro Tag eine Mark erhalten.

Wenn wirklich solche Pläne zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsarbeitsministerium erörtert werden, dann kann nicht rechtzeitig und nicht energisch genug vor ihnen gewarnt werden. Wie liegen denn die Dinge auf dem Lande? In den Dörfern wimmelt es von jugendlichen Erwerbslosen. Zum Teil stammen sie aus Arbeiterfamilien, zum Teil aus Bauernfamilien. Sie waren in der Landwirtschaft und in anderen Berufen tätig und sitzen heute alle im Dorf arbeitslos bei den Eltern. Diese vielen jugendlichen Erwerbslosen auf dem Lande würden gerne jede Stelle annehmen, die ihnen bei freier Station 30 Mark im Monat zu verdienen gibt. Sie würden mit Recht erbittert und empört sein, wenn sie zusehen müßten, wie städtische Erwerbslose auf Kosten des Reiches in den Dörfern eine Unterkunft finden. Aber auch für die wenigen Jugendlichen, die heute noch in landwirtschaftlicher Arbeit stehen, würde die „Bauernhilfe“ gefährlich werden; denn sie müßten alsdann damit rechnen, entlassen zu werden, da der Barlohn der Bauernhilfe ja vom Reich bezahlt werden soll.

Was war das wieder für ein unglücklicher Phantast, der die Reichsregierung auf die „Bauernhilfe“ gehegt hat! Anscheinend sind Kräfte am Werke, die unter der Maske von Bedenkmännern sich mit allerhand Projekten an die Reichsregierung herannähern, um diese zu blamieren und den Weg für die „Unentwegten“ um Papen und Hitler freizumachen.

Der Hungermarsch

Ein RGO.-Experiment

Der „Hungermarsch gegen die Leiparis“, über den wir am 5. Januar berichteten, ist zu Ende. Die Arbeitsfreischöpfung bei der Glashütte Heilbronn ist durch Abschluß einer Tarifvereinbarung erledigt, so daß die Betriebsaufnahme in den nächsten Tagen erfolgen dürfte.

Die Heilbronner Glasarbeiter, die sich von den kommunistischen Hungermarschstrategen auf den Weg nach Hannover locken ließen, haben das rasch eingesehen. Bereits in Mannheim hat der Hungermarsch, der sich „zu einer vernünftigen Demonstration gegen die Führung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes“ gestalten sollte, ein Ende gefunden.

Die Kommunistenpresse hat in ihren begeisterten Schilderungen des Hungermarsches davon gesprochen, die Glasproleten seien überall mit offenen Armen aufgenommen worden. Aber offene Arme sind noch keine offenen Taschen, und

daher ist es nur allzu begreiflich, wenn diese Glasproleten durchaus damit einverstanden waren, daß sie auf Kosten des Fabrikarbeiterverbandes, also dank der Hilfe eben derselben Verbandsbürokratie, die durch den Hungermarsch auf die Arme gezwungen werden sollte, verpflegt wurden und nach Heilbronn zurückkehren konnten. Der Fabrikarbeiterverband kann sehr gut unterscheiden zwischen Verführten und Verführern; die Drahtzieher des Hungermarsches werden künftig im Verband nichts mehr zu ziehen haben.

„Hungermarsch gegen die Leiparis“ — ein neuer „Sieg“ der „siegreichen“ RGD.

Nur Rundfunkreden?

Das Reichsverkehrsministerium hat für mehr als die Hälfte der bei ihm beschäftigten Wasserbauarbeiter die Löhne gekündigt. In den Verhandlungen wurden vom Vertreter des Verkehrsministeriums Vorschläge bis zu 7 Pfennig pro Stunde vorgeschlagen. Selbstverständlich haben die Organisationen jede Lohnkürzung abgelehnt.

Die Haltung des Reichsverkehrsministeriums steht in schroffem Widerspruch zu den Erklärungen des Reichskanzlers. Der Kanzler ist gegen Lohnabbau, der Reichsverkehrsminister erklärte sich für Lohnabbau. Regiert jeder Minister auf eigene Faust? Oder gelten die Erklärungen des „sozialen Generals“ nur für den Rundfunk?

Der Streik in Ymuiden

Von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation wird uns mitgeteilt:

Seit dem 2. Januar streikten im Hafen von Ymuiden die Fischer in der Tramerfischerei, die Schauerleute und die Kohlenarbeiter. Der Konflikt ist darauf zurückzuführen, daß die Fischereitreeider die bestehenden Kollektivverträge gekündigt haben und sich weigerten, sie zu verlängern.

Die Reeder wollen den Arbeitslohn der Kapitäne während des Stilliegens des Schiffes von 35 auf 30 Gulden pro Woche und alle festen Steuern um etwa 5 Proz. herabsetzen, die Kündigungsfrist für den Kapitän und den Matrosen ausheben, kein freier Tag, wenn Weihnachten, Neujahrstag, Ostern oder Pfingsten auf See verbracht werden, sondern ein Tag Steuer, weder Beiträge der Reeder an den Fonds für soziale Fürsorge, noch Zahlung von Arzt, bzw. Verpflegungskosten im Falle von Krankheit oder Unfall usw. Für die Hafendarbeiter wurde eine Verringerung der Stärke der Schicht — durch Heraussetzung der Anzahl der zu verarbeitenden Körbe pro Schicht — gefordert. Für die Kohlenarbeiter wurde eine Herabsetzung aller Tarife um 20 Proz. vorgeschlagen.

Eigentlich handelt es sich um zwei getrennte Streiks, einen der Fischereiarbeiter und einen der Hafen- und Kohlenarbeiter. Die Vertreter der ausländischen Reeder, die sogenannten Faktoren, haben den Vertrag für die Lösung des Fanges ebenfalls gekündigt.

Die der U.S.H. angeschlossenen Organisationen sind aufgefordert worden, die erforderlichen Solidaritätsmaßnahmen zu treffen.

Staatmittel für Zeitungen

Eine Denkschrift der Oberrechnungskammer

In einer Denkschrift der Oberrechnungskammer über die Prüfung der preußischen Staatshaushaltsrechnungen für das Rechnungsjahr 1930, die das preußische Staatsministerium dem Landtag zur Kenntnisnahme zugeleitet hat, finden sich nachstehende Ausführungen über finanzielle Unterfützungen von Presseunternehmungen durch die preußische Staatsregierung.

Im Oktober 1931 wurde von der Oberrechnungskammer bei Prüfung einer Sonderrechnung der Generallandtagsverwaltung für das Rechnungsjahr 1929 erinnert, daß beim Kap. 30 Tit. 30 „Unvorhergesehene und vermehrte Ausgaben“ und bei den außerplanmäßigen Ausgaben zur Befriedigung außerordentlicher Notstände zusammen 730 000 Mark auf ministerielle Anordnung an den Presseferenten im Finanzministerium „zur Befriedigung eines außerordentlichen Notstandes“ gezahlt waren. Die weiteren, von der Oberrechnungskammer veranlaßten Prüfungen ergaben, daß diese Gelder von den Presseferenten an die mit staatlichen Mitteln begründete „Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H.“ (im folgenden kurz ZV. genannt) weitergeleitet worden sind. Gegenstand dieses Unternehmens ist nach dem Gesellschaftsvertrag „der Betrieb aller Art des Verlagsgeschäfts sowie die Beteiligung an allen Geschäftsbetrieben, die dem Verlagsgeschäft dienen“.

Von Beginn ihrer Tätigkeit — am 1. April 1929 — an verwendete die ZV., die auch die Aktien und Passiven eines anderen ähnlichen Zweckes dienen Verlags übernommen hatte, ihre Mittel im Geschäftsjahre vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1929 zunächst zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und Druckeri. V. G., beim Generalanzeiger Verlags-G. m. b. H. in Osterode, beim Stolper Generalanzeiger G. m. b. H. in Stolp und bei der Dr. Rudolf Dammert G. m. b. H. in Berlin. Ferner wurden Kredite gegeben an die erwähnte Kölner Verlagsanstalt, an die „Kölnischer Neuesten Nachrichten“, an die „Kölnische Telegraphen-Büro in Berlin“, an die „Zeitung für Morgen“ in Berlin, an die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft in Berlin, an den Presseverlag Dr. Dammert G. m. b. H. in Berlin sowie an die erwähnten Generalanzeiger in Osterode und Stolp. Die Aufwendungen für diese Zwecke betragen insgesamt 1 139 013 M. Auch im nächsten Geschäftsjahre — Kalenderjahr 1930 — wurden, nach Ueberweisung weiterer Mittel aus Kap. 30 Tit. 30 unter der Bezeichnung „zur Pflege und Förderung kultureller Belange in den Grenzgebieten“, u. a. zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und der „Kölnische Zeitung“, sowie zu Kreditvergäben an die Kölner Verlagsanstalt, die „Kölnischer Neuesten Nachrichten“, die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft, den Presseverlag Dammert, die Generalanzeiger von Osterode und Stolp und den Ostpreußen-Druck G. m. b. H. in Königsberg insgesamt 847 103 M. verausgabt.

Ein „außerordentlicher Notstand“, zu dessen Befriedigung diese hohen Staatmittel angewendet werden mußten, ist von der Staatsregierung darin erblickt worden, daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existierten, die die nationale Politik im Sinne der Staatsregierung führten.

Die Oberrechnungskammer hält die Verrechnung der genannten Mittel bei den angegebenen Haushaltsstellen nicht für zulässig und bringt dies in einer Bemerkung zur allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt für 1930 zur Kenntnis des Landtags.

Für die Gesellschaft war das preußische Finanzministerium zuständig. Es handelt sich um nichts weiter als um die preußische Form einer allgemeinen Gesellschaft, ein Erbe aus den Jahren der Inflation und des Grenzabwehrkampfes.

Gegen Stilllegung

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag gegen die willkürliche Stilllegung einer Ruhrzeche folgenden Antrag eingebracht:

„Der Konzern Rheinpreußen hat beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Stilllegung einer Schachtanlage beantragt. Am 1. Januar 1933 ist die Verwaltung der Zeche Reumühl, Duisburg-Hamborn, nach Rheinpreußen verlegt worden. Daraus wird geschlossen, daß es sich bei dem Stilllegungsantrag um die Zeche Reumühl handelt. Die Zeche Reumühl gehört zum Rheinpreußen-Konzern und hat eine Belegschaft von mehr als 2000 Mann. Die Beschäftigung auf Reumühl war bisher im Vergleich zu anderen Zechen im Ruhrbergbau als normal zu bezeichnen, so daß von einem besonders schlechten Geschäftsgang bei der Zeche keine Rede sein kann. Die Stilllegung würde eine schwere Be-

einrächtigung des Arbeitsmarktes in Duisburg-Hamborn bedeuten, den gewerblichen Mittelstand empfindlich schädigen und die jetzt schon katastrophale Lage der Gemeindefinanzen völlig zerstören. Eine sachliche Notwendigkeit für die Stilllegung besteht nicht, denn die Zeche Reumühl hat moderne Anlagen und fördert eine gute Kohle.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, Stilllegungen von Schachtanlagen des Konzerns Rheinpreußen mit allen Mitteln zu verhindern.“

Nazimord an Hanisch

Scharfe Kritik an der Haltung der amtlichen Stellen Breslaus

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 9. Januar.

Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ beschäftigt sich in ihrer Montagsausgabe nochmals ausführlich mit dem Mord an dem jungen Arbeiter Hanisch und veröffentlicht verschiedene von den Ermittlungsbehörden bisher verheimlichte Tatsachen, die das zweideutige Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Falle Hanisch in ein charakteristisches Licht rücken.

Die „Volkswacht“ berichtet u. a., daß den beiden jugendlichen Freunden des Hanisch, die sofort die Verfolgung des flüchtenden Krawczyk aufgenommen hatten, nach der Tat von den Kumpanen des Mörders zugerufen wurde: „Ihr Hunde kommt morgen dran!“ Als sie später vor dem Hause des Mörders warteten, beobachteten sie, wie einem an der Haustür stehenden mit Knüppeln bewaffneten Hakenkreuzler vom Balkon der Familie Krawczyk aus aggressive Verhaltensmaßregeln gegen die Freunde des Ermordeten gegeben wurden. Das bei der Tat benutzte Messer ist nach der „Volkswacht“ von Frau Krawczyk saubermäßig von Blutspuren gereinigt und am Freitag von der Polizei in einem Ofen in der Wohnung der Familie Krawczyk gefunden worden.

Ein derartiges Verhalten sei — so bemerkt die „Volkswacht“ weiter — von den Justizbehörden bisher als Begünstigung bezeichnet worden. Jetzt aber werde es plötzlich als Notwehr hingestellt. Von der Polizei sei ferner verschwiegen worden, daß, nachdem Krawczyk bereits ein Geständnis abgelegt hatte, sich drei Nazis als Zeugen gemeldet hätten, die erzählen

Der Mädchenmord unterm Hakenkreuz

„Häng' ihr doch einen Stein um den Hals“

Die Zeugenvernehmungen im Frankfurter Stubenrauch-Prozess stehen vor ihrem Abschluß. Am Dienstagvormittag werden, ehe die Plädoyers beginnen, noch der Sturmführer und der Scharführer derjenigen nationalsozialistischen Sturmabteilung vernommen werden, in der der Mädchenmörder Stubenrauch und seine Komplizen Dienst taten. Die bisher vernommenen SA-Leute stellen dem hauptangeklagten Stubenrauch, der sich bei zahlreichen Zusammenstößen der Nazis mit Andersdenkenden als brutaler Schläger erwiesen hat, ein „vortreffliches“ Zeugnis aus. „Im Dienst war er gut!“, heißt es wiederholt.

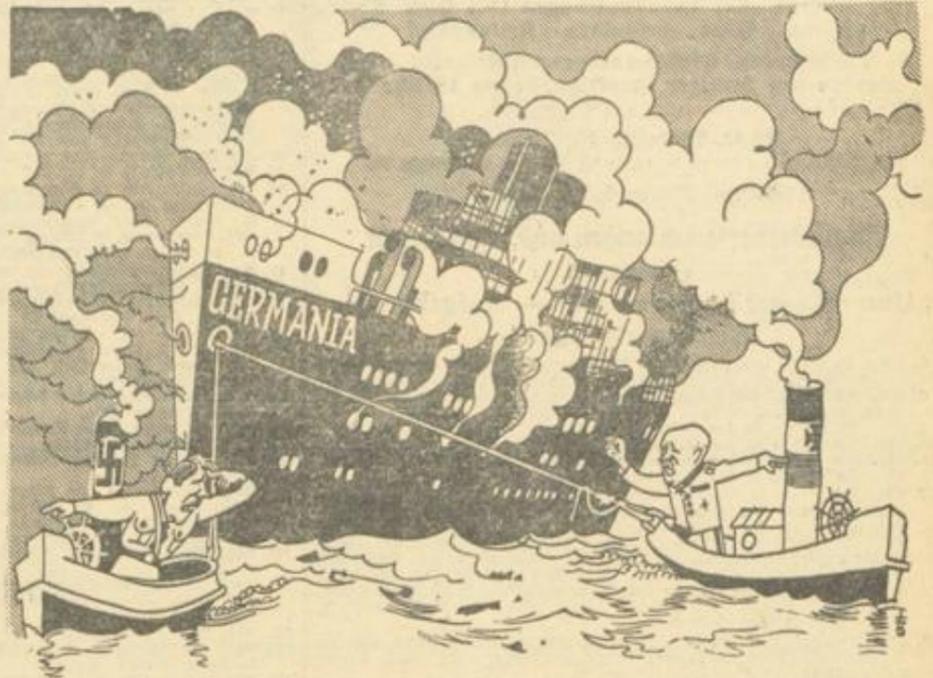
In dem Prozess jedoch steht die Partie schlecht für die drei des gemeinen Mordes angeklagten SA-Leute, insbesondere für den hauptangeklagten Stubenrauch. Allerdings war in dem Augenblick, als die junge Geliebte des Stubenrauch in der Dezembernacht 1931 in den Main gestoßen wurde, niemand zugegen und die drei Angeklagten leugnen hartnäckig vor Gericht. Aber es spricht gegen sie ihr eigenes Eingeständnis.

Die Kriminalkommissare, die die Untersuchung durchgeführt haben und die beiden Untersuchungsrichter befinden, daß Stubenrauch bei seinem immer wiederholten Geständnis der Mordtat einen durchaus glaubwürdigen und ehrlichen Eindruck gemacht habe. Landgerichtsrat Stumpf stellt fest, daß Stubenrauch im ganzen fünf Darstellungen der Tat gegeben habe, die einander sämtlich widersprechen.

Entscheidend für den Ausgang des Prozesses dürfte die Beurteilung des Seelenzustandes der Ermordeten kurz vor ihrem am 7. Dezember erfolgten Tode sein. Am 2. Dezember ließ sich Emma Busse fotografieren. Die Bilder wollte sie zu Weihnachten verschicken. Am 5. Dezember machte sie Weihnachtseinkäufe. Am Nachmittag ihres Todeslages äußerte sie, wie ihre Arbeitsgeberin vor Gericht bekundete, in fröhlicher Laune den Wunsch, ihr zu Geschenkzwecken für Weihnachten einen Korb mit Eclairs zurecht zu machen. Von irgendeiner träben Laune oder gar Selbstmordstimmung

Die uneinigigen Retter

Beider Bergung des Wracks der „Atlantique“ gab es einen wütenden Konkurrenzkampf zwischen den herbeigeeilten Schleppern



Auch bei diesem Schiff in Seenot können sich die Retter untereinander absolut nicht einigen!

wollten, sie hätten genau gesehen, wie ein sozialistischer Jugendlicher einen Gefinnungsfreund erstickt hätte.

Diese infamen Schurken habe man anscheinend auch wieder laufen lassen. Bei solcher Fälle von Flügen, Begünstigungs- und Entlastungsversuchen müsse man den Untersuchungsrichter bewundern, der es fertig bringe, sich als Diener des heute geltenden Rechts auszugeben und der gleichzeitig den dringenden Tatverdacht nicht bezähnen könne.

Schließlich übt die „Volkswacht“ nochmals schärfste Kritik an dem amtlichen Bericht des Breslauer Polizeipräsidenten. In dem ersten Polizeibericht sei von dreißig Jugendlichen der SA die Rede gewesen, die sich angeblich am Montag zur Stunde der Tat herumgetrieben hätten. Dabei habe die polizeiliche Polizei genau gewußt, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprächen. Daß Krawczyk nicht in Notwehr gehandelt haben könne, ergab sich schon aus der Tatsache, daß unvoreingenommene Strafenpassanten den Jugendlichen der SA zum Schutz gegen die Messerhelden beigeprungen wären.

Ein Gewaltmensch

Rundfunkentgleisung am Zehnjahrestag der Ruhrbesetzung

Gestern abend sprach im Rundfunk Dr. Edgar Jung über den Jahrestag der Ruhrbesetzung. Diese Rundfunkrede verhielt die historische Wahrheit ganz gründlich. Jung feierte den „Aktivismus“ und gab deutlich zu verstehen, daß er den passiven Widerstand für eine Hoffbarkeit und Schlappheit halte. Der Ausgang dieser Rede war ein offenes Bekenntnis zur Gewalt als Mittel der Politik.

Es ist bezeichnend für die Zustände im Rundfunk, daß gerade dieser Dr. Edgar Jung als Redner für dieses Thema bestellt wurde. Dieser Mann hat sich öffentlich seiner Rolle als Organisator der Ermordung des Separatistenführers Heinz Ehrlich gerühmt, ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt. Er hat in seiner Rundfunkrede große Worte über die Notwendigkeit des Einfaches des Lebens gesprochen — aber über den Einsatz von Existenz und Vermögen denkt er anders.

Im Ausschuss des Bayerischen Landtags hat der ehemalige Pfalzkommissar Dr. Jolas festgestellt, daß Jung nach seiner Flucht aus der Pfalz 2½ Jahre lang eine monatliche Betreuungshilfe von 480 M. erhalten hat, da er seine Unfallspraxis in der Pfalz verloren hatte.

Darüber hinaus aber hat Jung vom Reich noch 50000 M. Entschädigung oben drein gefordert und mit Klage gedroht, falls sie nicht gezahlt würde. Tatsächlich hat er noch 20000 M. Barabfindung erhalten, so daß er insgesamt 31215 M. Entschädigung erhalten hat!

Als die bayerische sozialdemokratische Presse diesen Tatbestand entsprechend charakterisierte, klagte Herr Jung wegen Beleidigung. Er beschloß den guten Beschmut, auch den verantwortlichen Redakteur der „Bayerischen Post“, den Kollegen Steffen, zu verklagen, der wegen seines Widerstandes gegen die Separatisten von den Franzosen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt und eingesperrt worden war. Steffen hat weder eine Entschädigung beantragt noch erhalten!

Dieser Tatbestand sieht einwandfrei fest. Herr Jung ist außerdem der Verfasser eines gegen die Demokratie gerichteten Buches „Die Herrschaft der Rinderwölfe“. In diesem Buche steht der Satz: „Die Rentenversicherung ist einer der Haupterwerbszweige des deutschen Volkes geworden.“

Daß dieser Mann gewissermaßen als präceptor Germaniae bei dieser Gelegenheit im Rundfunk sprechen und eine die historische Wahrheit gänzlich mißachtende Rede halten kann — das ist autoritärer Rundfunk!

Reichsfinanzminister Graf Schmetin von Kroßig wird in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags die angekündigte Rede über die Finanzlage des Reiches halten. Ob der Finanzminister bereits Einzelheiten über den Haushaltsplan mitteilen kann, ist zur Stunde noch ungewiß.

Spritzbelaugung auch in Polen? Das Ministerium für Industrie und Handel kündigt den baldigen Abschluß eines Vertrages des staatlichen Spritzmonopols mit dem Syndikat der Erdölindustrie an, auf Grund dessen eine regelmäßige Beimischung von neun Einheiten Kartoffelsprit zu je 100 Einheiten der vom Syndikat vertriebenen Treibstoffe erfolgen soll.

